



Foto: sebra/Adobe Stock

Nahezu 90 Prozent aller Menschen mit Pflegebedarf werden zu Hause versorgt. Deren Angehörige ringen seit Langem um Unterstützung.

Regierung plant Sparmaßnahmen ohne Rücksicht auf Pflegebedürftige und Angehörige

Reform macht Betroffene hilflos

Im Jahr 2017 verabschiedeten CDU/CSU und SPD eine Reform, durch die viele Pflegebedürftige erstmals Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten. Unterstützung sollte früher einsetzen und mit wachsendem Bedarf steigen. Keine zehn Jahre später wollen dieselben Parteien den Zugang zur Pflegeversicherung wieder erschweren und Leistungen kürzen. Mit diesen kurzfristigen Sparplänen stößt die Koalition beim SoVD auf unterschiedlichen Widerstand.

Das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) unter dem damaligen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) setzte zum 1. Januar 2017 einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff um. Dieser orientierte sich stärker an der jeweiligen Selbstständigkeit und an den individuellen Bedürfnissen. Die bis dahin geltenden drei Pflegegrade wurden in fünf Pflegegrade aufgefächert.

Ausdrücklich begrüßte der SoVD die damalige Reform, die

endlich auch kognitive und psychische Einschränkungen bei der Begutachtung des Pflegebedarfes anerkannte. Dadurch erhielten Menschen mit Demenz erstmals einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen.

Regierung plant eine „Pflege nach Kassenlage“

Folgerichtig stiegen daher mit der Zahl der Bedürftigen in den letzten Jahren auch die Ausgaben der Pflegeversicherung. Nun will Bundesgesund-

heitsministerin Nina Warken (CDU) gegensteuern und dabei, so scheint es, das Rad zurückdrehen. Denn ihr Pflegeneuordnungsgesetz sieht unter anderem vor, die Schwelle zur Einstufung der Pflegebedürftigkeit wieder hochzusetzen. Dadurch würden künftig vermutlich weniger Menschen als pflegebedürftig anerkannt oder erhielten erst mit einer deutlich stärkeren Beeinträchtigung finanzielle Unterstützung.

Fortsetzung auf Seite 2



Blickpunkt

Wenn die Temperaturen steigen, werden die sozialen Gräben in unserer Gesellschaft körperlich spürbar. Hitze ist kein „demokratisches“ Phänomen, Hitze trifft die Schwächsten zuerst! Wer im klimatisierten Büro arbeitet oder ein gut gedämmtes Eigenheim besitzt, empfindet die Gluthitze vielleicht als lästig. Doch für Millionen Menschen wird der Klimawandel auch hierzulande zur akuten Bedrohung – und mitunter zur tödlichen Gefahr. Wir reden von Menschen in Pflegeheimen, deren Körper die Temperaturregulation nicht mehr leisten

kann. Von Menschen mit Demenz, die das Durstgefühl vergessen und davon abhängig sind, dass andere für sie mitdenken. Von Menschen mit physischen Behinderungen, die ebenso auf Unterstützung angewiesen sind. Von Wohnungslosen, die oft weder Schatten noch Wasser haben. Und auch unsere Kinder, deren Körper sich noch nicht effektiv kühlen, sind in überhitzten Schulen und Kitas gefährdet. Warum reagieren wir in Deutschland auf Hitze immer noch wie auf ein unerwartetes Naturereignis statt wie auf eine – in weiten Teilen – planbare Ge-

fahr? Während wir für Hochwasser detaillierte Schutzkonzepte haben, fehlen für Hitzewellen vielerorts die einfachsten Strukturen, wie öffentliche Schattenplätze oder Trinkbrunnen. Deshalb reichen Appelle an Nachbarschaftshilfe, an das Aufeinander-Achtgeben längst nicht mehr aus. Wir brauchen verbindliche und flächendeckende Hitzeaktionspläne, die wirksam Hilfe leisten, zeitnah und konkret umsetzbar. Bund, Länder und Kommunen sind hier gleichermaßen in der Pflicht.

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Rentenreform ist enttäuschend

SoVD kritisiert Pläne der Alterssicherungskommission
Seite 3



Allianz gegen Einsamkeit

SoVD ist mit an Bord
Seite 5



Mobilität bedeutet soziale Teilhabe

Podiumsdiskussion im Erich-Kuttner-Haus in Berlin
Seite 7



Vielfalt erleben beim Inklusionslauf

SoVD-Laufveranstaltung am 10. Oktober in Berlin
Seite 24



Hier befindet sich das Adressfeld für die Etikettierung im Einzelversand

Regierung plant weitreichende Sparmaßnahmen ohne Rücksicht auf Pflegebedürftige und Angehörige

Reform macht viele Betroffene hilflos

Fortsetzung von Seite 1

Vor dem Hintergrund, dass eine frühe Unterstützung Pflegebedürftiger dabei hilft, deren Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten, lehnt der SoVD diese Verschärfung ab. Auch andere Maßnahmen gehen aus Sicht des Verbandes unverhältnismäßig stark zulasten Betroffener.

So soll etwa für Menschen mit Pflegegrad 1, die noch zu Hause leben, der Entlastungsbetrag entfallen. Dieser lässt

sich bisher für Dienstleistungen im Haushalt oder zusätzliche Hilfe bei der Betreuung nutzen. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier reagierte verärgert. Sie sagte, das sei eine Kürzung bei Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Politik setzt den Rotstift an und schränkt Hilfen ein

Auch die Leistungszuschüsse zu den hohen Eigenanteilen im Pflegeheim sind von den Sparmaßnahmen betroffen. In der

Folge müssten Betroffene einen größeren Teil der Kosten über längere Zeit selbst tragen.

Ebenso könnte ein Entlastungsbudget demnächst das bisherige Pflegegeld ersetzen. Wer den Pflegegrad 2 oder 3 erstmals erhält, bekäme davon allerdings in den ersten drei Monaten nur die Hälfte.

Von geringer Wertschätzung zeugt zudem die Absicht, bei den Rentenversicherungsbeiträgen pflegender Angehöriger zu sparen: Pflegekassen sollen künftig

nur noch 70 statt wie bisher 100 Prozent übernehmen. Für diese Pläne hat Michaela Engelmeier kein Verständnis: „Kürzungen bei den Rentenbeiträgen für pflegende Angehörige wären ein fatales Signal an die Menschen, die die häusliche Pflege jeden Tag aufrechterhalten.“

SoVD fordert eine solidarische Finanzierung

Ohne Reformen kommt die Pflegeversicherung nicht aus. Diese dürfen aus Sicht des SoVD

jedoch nicht vor allem zulasten Pflegebedürftiger, Angehöriger und Versicherter gehen. Stattdessen fordert der Verband Bund und Länder dazu auf, ihrer Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben endlich nachzukommen. Eine gerechte Finanzierung der Pflege kann nach Auffassung des SoVD langfristig nur eine solidarische Pflegeversicherung erreichen, in die alle Bürger*innen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. *jos*

Swen Staack, Vorsitzender der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, kritisiert geplantes Pflegeneuordnungsgesetz

„Diese Sparmaßnahmen sind respektlos“

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft setzt sich seit über 35 Jahren gezielt für das Wohl von Menschen mit Demenz und ihren Familien ein. Im Interview mit „Soziales im Blick“ schildert Swen Staack, wie sich die geplante Pflegereform auf diesen Personenkreis auswirkt. Viele der vorgesehenen Maßnahmen kann der Vorsitzende der Selbsthilfeorganisation nicht nachvollziehen. Die Kürzung der Beiträge zur Rentenversicherung von pflegenden Angehörigen etwa bezeichnet er als unverschämte und respektlos.

Wie würden Sie die Situation von Menschen mit Demenz beschreiben, werden Betroffene bestmöglich versorgt?

Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren ist die aktuelle Versorgungssituation weiterhin unzureichend. Die Last der Versorgung liegt ohne die oft fehlende, nötige Entlastung primär auf den Angehörigen, stationäre Einrichtungen sind oft unzureichend auf Demenz spezialisiert und die geplanten Gesetzesreformen verschärfen die Belastung, statt sie zu verbessern.

Um nur zwei Beispiele zu nennen: Mehr als zwei Drittel der 1,8 Millionen Menschen mit Demenz in Deutschland werden zu Hause von ihren Familien versorgt. Aus unserer Sicht kommt dieses System immer mehr an den Rand der Leistungsfähigkeit. Angehörige tragen die Hauptlast, opfern dabei ihre eigene Gesundheit und Berufstätigkeit. Besonders durch Sparpläne wie die geplante Beschneidung des Pflegegrades 1 mit Wegfall der Entlastungsleistungen sehen wir die häusliche Versorgung akut gefährdet.

Zudem wird die Situation in den Pflegeheimen immer prekärer. Zwar gibt es viele engagierte



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Menschen mit Demenz benötigen eine zugewandte Betreuung. Nicht immer sind Einrichtungen oder Angehörige dazu in der Lage.

Fachkräfte, doch der akute Fachkräftemangel führt dazu, dass eine individuell zugewandte, fördernde Betreuung oft nicht mehr stattfindet. Dazu kommen die explodierenden Kosten. Das treibt immer mehr Menschen in die Sozialhilfe.

Vor knapp zehn Jahren wurde Pflegebedürftigkeit neu definiert. Dreht die Politik das Rad jetzt wieder zurück?

Zum Glück wird der 2017 eingeführte Paradigmenwechsel, Menschen bei der Einstufung der Pflegebedürftigkeit nach dem Grad der Selbstständigkeit zu beurteilen und Menschen mit Demenz gleichberechtigt einzubeziehen, grundsätzlich wohl nicht infrage gestellt. Aber zum Beispiel die grundlegende Veränderung der Leistungen in Pflegegrad 1 oder die mögliche Veränderung der Schwellenwerte bei der Einstufung deuten schon darauf hin, Leistungen zu begrenzen oder den Zugang zu erschweren. Das ist dann durchaus ein Rückschritt. Denn damit wird den betroffenen

Familien die Möglichkeit genommen, sich möglichst frühzeitig Unterstützung zu organisieren, was im Sinne der viel beschworenen Prävention ganz zentral ist, damit pflegende Angehörige nicht in die Überlastung rutschen. Und auch für alleinlebende Menschen mit Demenz ist eine frühzeitige, niedrigschwellige Unterstützung wichtig, um den Anstieg des Pflegebedarfs hinauszuzögern. Wir müssen damit rechnen, dass mit dem Wegfall des Entlastungsbetrags in Pflegegrad 1 und ohne die Möglichkeit, wie bisher die Leistungen der Verhinderungspflege für stundenweise Entlastungsangebote zu nutzen, viele der Angebote, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden, nicht weiter aufrechterhalten werden können.

Gerade bei demenziellen Erkrankungen ist die Betreuung durch Angehörige wichtig. Wie würdigt die Pflegereform aus Ihrer Sicht deren Engagement?

Gar nicht. Leistungen werden im Entwurf der Pflegereform un-

ter dem Deckmantel eines flexiblen Budgets eingeschränkt und die Verhinderungspflege gestrichen. Das ist für viele pflegende Angehörige fatal. Die größte Unverschämtheit und Respektlosigkeit ist aber die Ankündigung, die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent zu kürzen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die über Jahre Pflegearbeit leisten und den Staat damit massiv entlasten. Ohne sie wäre das System längst kollabiert.

Die Kürzung trifft in erster Linie Frauen, die nach wie vor diejenigen sind, die den Großteil der Care-Aufgaben in der Familie übernehmen. Sie leisten die Pflege, reduzieren ihre Arbeitszeit oder geben Berufstätigkeit auf und erhalten dafür in Zukunft noch weniger Ausgleich im Rentenalter als nach der bisherigen Regelung – die bereits am unteren Rand des Akzeptablen angesiedelt war! Geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten und Fehlanreize werden damit weiter manifestiert. Das Armutsrisiko durch die Übernahme der Pflege wird damit noch größer als bisher.

Immer mehr Menschen sind von Demenz betroffen, aber bei deren Pflege wird gespart – wie passt das zusammen?

Ebenfalls kein bisschen. Das neue „Pflegeneuordnungsgesetz“ ist im Grunde nichts weiter als ein Spargesetz auf Kosten einer vulnerablen Gruppe wie Menschen mit Demenz. Wir alle wissen, dass die Zahl der Demenzerkrankten aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Ihre Versorgung zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und kann nicht



Foto: DAG

Swen Staack

alleine den Familien aufgebürdet werden. Wir fordern schon seit Langem den Sockel-Spitze-Tausch zur Begrenzung der Eigenanteile, die für die Pflege gezahlt werden müssen. Zur Stabilisierung der Pflegeversicherung wäre es sinnvoll, dass zumindest die sogenannten versicherungsfremden Leistungen vom Staat und nicht von den Beitragszahlern und den Pflegebedürftigen selbst übernommen werden. Das meint vor allem die Beiträge zur Rentenversicherung der pflegenden An- und Zugehörigen, die Kosten für die medizinische Behandlungspflege in den Pflegeheimen, die in den Bereich der Krankenversicherung gehören, die Ausbildungskosten für Pflegekräfte sowie die Investitionskosten für Pflegeeinrichtungen, die von den Ländern getragen werden sollten.

Es werden in Zukunft noch weniger Pflegekräfte als bisher einer steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen gegenüberstehen. Schon heute lehnen Pflegedienste, Tagespflege und Heime die Betreuung von Menschen mit Demenz oftmals ab, weil sie zu wenig und nicht ausreichend qualifiziertes Personal haben. Es braucht dringend bessere Konzepte für den Umgang damit. Denn wenn Angehörige schon den größten Teil der Pflege übernehmen, brauchen sie dabei die bestmögliche Unterstützung!

Interview: Joachim Schöne



Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft bietet Betroffenen und deren Familien bundesweit Unterstützung an. Informationen stehen online unter: www.deutsche-alzheimer.de zur Verfügung, zudem berät das Alzheimer-Telefon unter Tel.: 030/259 37 95 14.

Die Vorschläge der Alterssicherungskommission sollen nach der Sommerpause vollständig umgesetzt werden

Rentenreform ist aus SoVD-Sicht enttäuschend

33 Vorschläge umfasst das große Reformpaket zur Rente, das die Alterssicherungskommission am 23. Juni der Bundesregierung übergab. Zentrale Vorhaben sind die Einführung einer zusätzlichen Kapitalrente, die Wiedereinsetzung des Nachhaltigkeitsfaktors ab 2031, die weitere Anhebung des Renteneintrittsalters, der Wegfall der vorgezogenen abschlagsfreien Rente ab 45 Berufsjahren sowie der Einbezug von Selbstständigen und Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung. Wenngleich es auch einige Empfehlungen gibt, die langjährige SoVD-Forderungen enthalten, sind die Ergebnisse aus Sicht des Verbandes insgesamt enttäuschend.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat unmittelbar nach dem Erhalt eine zügige und vollständige Umsetzung der Vorschläge angekündigt. Die Maßnahmen würden als Gesamtkonzept ineinander greifen und sich gegenseitig ausbalancieren, so Merz. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas (SPD), plant nach der Sommerpause die konkrete Gesetzgebung.

Eingesetzt worden war die Kommission mit 13 Expert*innen und Politiker*innen vor einem halben Jahr. Im Januar hatte sie ihre Arbeit aufgenommen.

Die zusätzliche gesetzliche Kapitalrente kommt sicher

Zu den maßgeblichen Empfehlungen, denen der SoVD nicht beipflichtet, gehört die geplante Einführung einer kapitalgedeckten Renten-Komponente zur Stabilisierung des Rentenniveaus. Ab 2028 sind demnach alle Beitragszahlenden verpflichtet, zusätzlich schrittweise bis zu

zwei Prozent ihres Einkommens für individuelle Kapitalkonten zu entrichten. Die Beiträge, die dann am Kapitalmarkt angelegt werden, teilen sie sich mit den Arbeitgeber*innen.

Beitragssätze steigen ab 2028 auf 19,9 Prozent

Die Erhöhung kommt ergänzend zu der ohnehin erwarteten Steigerung des Beitragssatzes von heute 18,6 Prozent des Bruttolohnes, der laut entsprechenden Prognosen auf 19,9 Prozent steigen wird. Das derzeit bestehende reine Umlageverfahren der Rentenversicherung, bei dem heute Arbeitnehmende für aktuelle Renten aufkommen, wird damit aufgeweicht. Der SoVD sieht das sehr kritisch. Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier sagte bei Bekanntwerden: „Das ist für uns absolut nicht nachvollziehbar. Die Umlagefinanzierung ist ein sehr gutes System, das solide, planbar und krisenfest ist; die Kapitaldeckung ist das nicht.“

Nachhaltigkeitsfaktor soll künftig wieder greifen

Auch der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel, für dessen Aussetzung sich der SoVD in früheren Jahren mit Nachdruck eingesetzt hatte, soll ab 2031 wieder greifen und somit die jährliche Rentensteigerung dämpfen. Er war von 2018 bis 2025 durch das damalige Rentenpaket ausgesetzt worden.

Anschließend wurde die Regelung durch weitere, politische Beschlüsse verlängert, um das Rentenniveau zumindest bei 48 Prozent zu stabilisieren. Derzeit ist der Nachhaltigkeitsfaktor bis 2031 außer Kraft gesetzt.

Die Alterssicherungskommission empfiehlt nicht nur, ihn danach wieder einzuführen, sondern ihn überdies zu verstärken, was seine dämpfende Wirkung auf die Rentenhöhen verschärft.

Mittelfristig sollen die aus der Kapitalrente erwarteten Erträge das – trotz steigender Beiträge – dann unweigerlich unter 48 Pro-



Foto: picture alliance / dts-Agentur | dts Nachrichtenagentur GmbH

Bundeskanzler Friedrich Merz (ganz li.) und Bundessozialministerin Bärbel Bas (ganz re.) wollen die Vorschläge der Alterssicherungskommission vollständig und zeitnah umsetzen.

zent absinkende Rentenniveau auffangen. Mit einem steuerfinanzierten Übergangsfaktor will man überdies verhindern, dass diejenigen schlechtergestellt sind, die in den 2030er-Jahren in Rente gehen und bis dahin kaum noch Kapital aufbauen können.

Der SoVD ist nicht nur über das weiter absinkende Rentenniveau besorgt – er hatte seit Langem eine Anhebung auf über 48 Prozent gefordert, um auskömmliche Altersbezüge zu sichern. Er bemängelt, dass für den aus seiner Sicht sehr unsicheren Schritt in die Kapitaldeckung auch noch Beitragsmittel der Beitragszahlenden verwendet werden sollen. „Das ist mehr, als die Ampelregierung mit dem Generationenkapital wollte“, stellt die SoVD-Vorstandsvorsitzende rückblickend fest. „Wir hätten uns eine mindestens dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus ohne Kapital-Komponente erwünscht.“

Renteneintrittsalter wird in Zukunft noch höher

In den nächsten Jahrzehnten soll zudem das gesetzliche Rententalter über 67 Jahre hinaus steigen – gekoppelt an die Lebenserwartung. Wenn diese statistisch im Durchschnitt steigt, bedeutet das meist, dass Renten länger gezahlt werden müssen.

Die Rentenkommission empfiehlt deshalb, Renteneintritt und Lebenserwartung zu verbinden – aufgeteilt im Verhältnis zwei zu eins auf Erwerbs- und Rentenphase. Der SoVD ist davon nicht überzeugt: „Es gibt nach wie vor zu viele Menschen, die das aktuelle Renteneintrittsalter nicht erreichen. Insbesondere für Menschen mit Vorerkrankungen, in körperlich und psychisch anstrengenden Berufen bedeutet jede weitere Anhebung des Renteneintrittsalters eine Rentenkürzung“, sagt die SoVD-Vorstandsvorsitzende.

Weitere Einschränkungen bei der sogenannten Frührente

Einschnitte drohen darüber hinaus bei der Frührente. So soll die vorgezogene Rente ohne Abschläge für Menschen mit mindestens 45 Berufsjahren künftig entfallen. Die Kommission empfiehlt stattdessen ein Renteneintrittsfenster von gleichbleibend drei Jahren. Das Renteneintrittsfenster bezeichnet den Zeitraum, in dem langjährig Rentenversicherte schon vor der regulären Altersgrenze mit Abschlägen in den Ruhestand gehen können. Versicherte können dann bei einer Regelaltersgrenze von 67 Jahren erst ab 64 Jahren in Rente gehen – bisher war dies auch ab 63 möglich.

Selbstständige werden einbezogen, Beamte nicht

In die gesetzliche Rente einbezogen werden künftig laut Plan Selbstständige und Politiker*innen, nicht aber Beam*innen. Diese mit einzubinden, entspricht einer langjährigen Forderung des SoVD, der das Gleiche für Beam*innen will. Engelmeier begrüßte den Teilerfolg als „einen wichtigen Schritt hin zu einer Erwerbstätigenversicherung sowie zum Schutz gegen Altersarmut für Selbstständige“. Im Hinblick auf die Einbindung von Abgeordneten stellte sie fest, es sei wichtig für das Vertrauen, wenn „diejenigen, die über ein System entscheiden, auch im System versichert sind“.

Als positiv bewertete sie zudem die De-facto-Abschaffung von Minijobs sowie die geplante Freibetragsregelung in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Maßnahmen – ebenfalls SoVD-Forderungen – sind wichtige Bausteine zur Bekämpfung von Altersarmut.

Der SoVD wird den nachfolgenden Gesetzgebungsprozess aufmerksam begleiten.

Veronica Sina

Neue Regel ermöglicht geringfügig Beschäftigten Rückkehr in Rentenversicherung

Rentenbeiträge für Minijobber

Ob Minijobs tatsächlich eingeschränkt werden, wie die Rentenkommission empfiehlt, steht noch nicht fest. Für aktuell geringfügig Beschäftigte bietet sich ab Juli die Chance, ihre Befreiung von Rentenversicherungsbeiträgen zu widerrufen und damit die Leistungen der Versicherung zu nutzen.

Ab dem 1. Juli 2026 gibt es für Minijobber*innen eine neue Möglichkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung: Wer sich bislang von der Rentenversicherungspflicht befreien ließ, kann diese Entscheidung künftig einmalig rückgängig machen und wieder Pflichtbeiträge zahlen. Die Änderung soll geringfügig Beschäftigten eine „zweite Chance“ für ihre Altersvorsorge geben.

Grundsätzlich sind Minijobs rentenversicherungspflichtig. Beschäftigte können beantragen, sich von den eigenen Beiträgen befreien zu lassen. Bisher galt diese Entscheidung für die gesamte Dauer des Minijobs und konnte nicht widerrufen werden. Das ändert sich nun.

Wer zur Rentenversicherungspflicht zurückkehrt, profitiert vom vollen Leistungspaket der gesetzlichen Rentenversicherung. Dazu zählen der Erwerb zusätzlicher Rentenansprüche, die vollständige Anrech-



Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Wer sich beim Einstieg in den Minijob dagegen entschieden hat, vom Gehalt Rentenbeiträge abzuführen, kann das ab Juli ändern.

nung der Beschäftigungszeit auf Wartezeiten, ein besserer Schutz bei Erwerbsminderung sowie Ansprüche auf Rehabilitationsleistungen. Die Rückkehr erfolgt über einen Antrag beim Arbeitgeber. Er leitet die erforderlichen Meldungen an die Minijob-Zentrale weiter.

Finanziell führt die Rückkehr zu geringfügigen Einbußen beim Nettolohn. Im gewerblichen Minijob beträgt der Eigenanteil aktuell 3,6 Prozent des Verdienstes. Bei einem monatlichen Höchstverdienst von 603 sinkt die Auszahlung damit auf etwa 581 Euro. str

Sozialämter verursachen hohe Außenstände

Pflegeheime beklagen Zahlungsrückstände

Jedes Fünfte Heim hat offene Forderungen von mindestens 100.000 Euro. Vor allem Sozialämter zahlen laut einer Studie der Beratungsfirma PWC häufig erst nach Monaten. Die Pflegereform könnte den finanziellen Druck weiter verstärken.

Der Untersuchung zufolge machen mehr als die Hälfte der Einrichtungen die Behörden für ihre höchsten Außenstände verantwortlich. Damit stelle das Sozialamt für die Heime eines der größten Liquiditätsrisiken dar. Als Ursachen sehen die Verantwortlichen der Studie unklare Zuständigkeiten, unvollständige Antragsunterlagen für Sozialhilfe und Bearbeitungszeiten für teilweise sechs bis zwölf Monaten und darüber hinaus.

Die übrigen offenen Forderungen der Pflegeheime verteilen sich zu nahezu gleichen Teilen auf Bewohner*innen und Angehörige sowie Pflegekasernen. Vor diesem Hintergrund meldete sich die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung zu Wort. Katrin Staffler äußerte Bedenken gegenüber dem Plan, erwachsene Kinder künftig wieder stärker an den Pflegekosten ihrer Eltern zu beteiligen. Derzeit ist dies erst ab einem Brutto-Einkommen von 100.000 Euro im Jahr der Fall. Staffler verwies auf eine bereits hohe Belastung der betroffenen Familien und sprach sich für eine faire Lastenverteilung aus.



Foto: Anke Thomass / Adobe Stock

Ein Pflegeplatz kostet viel Geld – und unbezahlte Rechnungen werden schnell zum Problem.

Bezahlbare Unterkünfte werden immer seltener

Erneuter Rückgang an Sozialwohnungen

Obwohl die Koalition Milliarden zur Förderung von preiswerten Wohnungen verspricht, geht es mit dem Bestand weiter abwärts. Nach Angaben der Bundesregierung sank die Zahl verfügbarer Sozialwohnungen im vergangenen Jahr erneut.

Ende 2024 waren bundesweit etwas mehr als eine Million solcher Wohnungen registriert. Da diese mit staatlicher Förderung gebaut oder modernisiert wurden, fällt für sie im Gegenzug eine günstigere Miete an. Nach einem Zeitraum von bis zu 30 Jahren allerdings enden diese Vorgaben und die sogenannte Sozialbindung läuft aus. Trotz Gegenmaßnahmen – wie etwa der Verlängerung von Belegungsbindungen – blieb auch 2025 unter dem Strich ein Minus: Ende vergangenen Jahres gab es demnach erneut 20.000 Sozialwohnungen weniger.

Kritik an diesem Zustand kam vom SoVD. Die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier sagte, die Bestrebungen der Bundesregierung beim sozialen Wohnungsbau seien nicht ambitioniert genug. Gegen eine Befristung der Mietbindung sprach sich zudem der Deutsche Mieterbund aus und forderte: „Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!“ Zugleich warnte der Mieterbund vor Einschnitten beim Wohngeld, wie sie die schwarz-rote Koalition derzeit wegen der Haushaltsnöte diskutiert.



Foto: photo 5000 / Adobe Stock

Neue Sozialwohnungen fehlen, gleichzeitig fallen bestehende aus der Sozialbindung heraus.

DBR-Sprecherinnenratsvorsitzende Michaela Engelmeier bei Vereinten Nationen

Starke Stimme für Inklusion

Den Vorsitz des Sprecherinnenrates beim Deutschen Behindertenrat (DBR) hat aktuell der SoVD inne. In dieser Funktion nahm Michaela Engelmeier daher als Teil der deutschen Delegation an der 19. Staatenkonferenz zur UN-Behindertenrechtskonvention in New York teil.

Neben Engelmeier gehörte auch der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, der Delegation an. Aufmerksam verfolgten beide die Eröffnung der Staatenkonferenz sowie die Generaldebatte und die anschließende Wahl der Mitglieder des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Während ihres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten führten Michaela Engelmeier und Jürgen Dusel zahlreiche Gespräche und besuchten diverse Fachveranstaltungen. Dazu gehörten unter anderem ein Austausch mit der kanadischen Delegation sowie eine Veranstaltung zur politischen Teilhabe und aktiven Bürgerschaft junger Menschen mit Behinderungen.



Foto: SoVD

Michaela Engelmeier und Jürgen Dusel vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen (UN) in New York.

Inklusion ist ein Menschenrecht. Für dessen Durchsetzung braucht es neben einer starken Stimme wie dem DBR auch internationale Zusammenarbeit. Gemeinsam mit dem Behinder-

tenbeauftragten Jürgen Dusel trat Michaela Engelmeier hierfür in New York ein.

Weitere Informationen zum DBR finden Sie online unter: www.deutscher-behindertenrat.de.

Extreme Temperaturen wirken sich auf die Gesundheit vieler Menschen aus

Hitze bleibt eine große Gefahr

Es wird heiß in Deutschland: Über mehrere Tage hinweg werden die Temperaturen wohl über 30 Grad klettern. Während sich manche im Freibad abkühlen, brechen für andere belastende Zeiten an. Eine Gefahr besteht besonders für Ältere, Kinder, Schwangere und Menschen mit Behinderungen.

„Insgesamt gehört Hitze heute neben den Luftschadstoffen bereits zu den wichtigsten umweltbedingten Gesundheitsrisiken in Deutschland und weltweit“, betont die Epidemiologin Alexandra Schneider vom Helmholtz Zentrum München. Die Gefäße erweiterten sich, was den Blutdruck senke und dafür Sorge, dass das Herz schneller und stärker pumpen müsse. Dadurch steige bei Vorerkrankten das Risiko für Herzinfarkt, Rhythmusstörungen und Herzinsuffizienz. Durch Schwitzen drohe auch Dehydration (Flüssigkeitsmangel), was wiederum einen Kreislaufkollaps oder Thrombosen begünstigen könne.

Wer muss an heißen Tagen besonders aufpassen?

Schneider weist auf die Gefährdung von Herzpatient*innen und von Menschen mit Nieren- oder Lungenerkrankungen hin. Vorsicht gelte zudem für Personen mit Diabetes oder neurologischen Erkrankungen wie zum Beispiel Demenz. Am anfälligsten, so die Wissenschaftlerin, seien ältere Menschen, da ihre Anpassungsfähigkeit an Hitze und ihr Durstempfinden oft eingeschränkt seien.

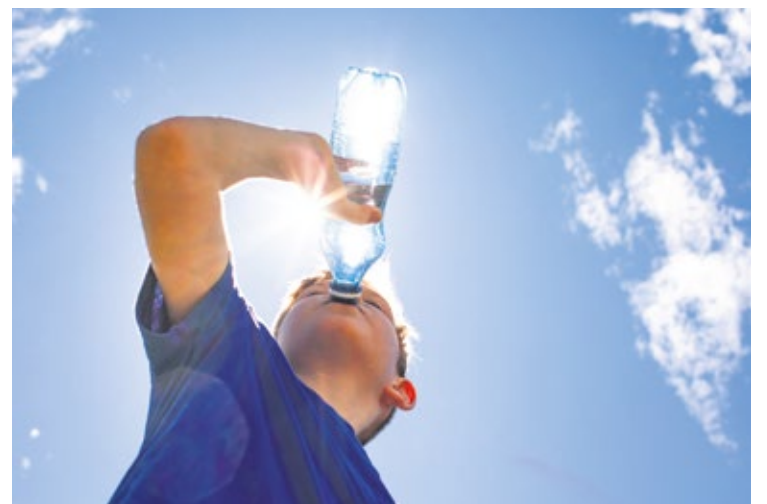


Foto: kieferpix / Adobe Stock

Der Sommer geht an niemandem spurlos vorbei. Dabei werden gerade Kinder als Risikogruppe oft übersehen: Sie verbringen viel Zeit im Freien, während ihr Körper weniger widerstandsfähig ist.

In die Statistiken geht Hitze als Todesursache häufig nicht ein. Infolge hoher Temperaturen werden dagegen Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen am häufigsten dokumentiert.

Der menschliche Körper empfindet Hitze als Stress

Doch die Todesfälle sind nur die Spitze des Eisberges. Denn etliche Leiden verschlechtern sich bei Hitze, oder ihr Risiko steigt. Dazu gehören Schlaganfälle und Migräne sowie Multi-

ple Sklerose, Epilepsie und Demenz, wie die Neurologin Ameli Breuer von der Berliner Charité erklärt. Auch auf die psychische Gesundheit wirkt sich die Hitze aus. Sie könne zu mangelnder Konzentration und höherer Reizbarkeit führen. Das Gehirn sei höherem Stress ausgesetzt.

Um auch im Sommer einen kühlen Kopf zu bewahren, gilt: Nehmen Sie möglichst viel Flüssigkeit zu sich, meiden Sie direkte Sonne und dunkeln Sie Wohnräume ab!

jos/dpa



Foto: Julia Merkel

Weit über 100 Erstunterzeichnende tragen gemeinsam die Allianz gegen Einsamkeit.

SoVD im Zusammenschluss mit anderen Akteuren an wichtiger Initiative beteiligt

Allianz gegen Einsamkeit

Ende Juni hatte das Kompetenznetz Einsamkeit zur Konferenz „Gemeinsam aus der Einsamkeit“ eingeladen. Im Zentrum stand der Start der „Allianz gegen Einsamkeit“. Diese soll dazu beitragen, entsprechende Aktivitäten auf einer breiten gesellschaftlichen Basis zu verankern.

Einsamkeit ist nicht nur ein Thema des Alters. Derartige Empfindungen sind vor allem auch Jüngeren und Alleinlebenden vertraut. Das belegen die Ergebnisse einer repräsentativen YouGov-Umfrage im Auftrag des Portals Doctolib.

Dabei wurde deutlich, dass Einsamkeit oftmals unsichtbar und

schambehaftet ist. Es ist ein stilles Leiden, das viele Menschen gesundheitlich beeinträchtigt. Das will das Kompetenznetz Einsamkeit in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ändern.

Zu diesem Zweck förderte eine Konferenz in Berlin nun die

Vernetzung und den Austausch. Die Anwesenden diskutierten über diverse Themen aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeitswelt und Demokratie. Zu den Erstunterzeichnenden der Allianz gegen Einsamkeit gehört auch der SoVD, vertreten durch die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. *jos*

SoVD übt im Rahmen des Gesundheitsausschusses Kritik an Gesetzentwurf

Belastungen ungleich verteilt

Vor Kurzem erst legte die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vor. Mit den darin enthaltenen Regelungen setzte sich nun eine Anhörung vor dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages auseinander. Als Fachverband kam dabei auch der SoVD zu Wort.

Zu der insgesamt zweieinhalbstündigen Anhörung waren mehr als 90 Fachverbände und Einzelsachverständige eingeladen. Nahezu einhellig beklagten diese die Weigerung des Bundes, versicherungsfremde Leistungen zu übernehmen, um dadurch die GKV insgesamt zu entlasten.

Gerechte Lastenverteilung für eine höhere Akzeptanz

Stellvertretend für andere wies der Mediziner Christian Karagiannidis darauf hin, dass es sich weniger um eine Reform als vielmehr um ein Spargesetz handle. Für dessen Akzeptanz in der Bevölkerung, so der Facharzt, sei es extrem wichtig, dass alle ihren Beitrag leisteten. Karagiannidis bemängelte, dass etwa Arzneiersteller deutlich weniger belastet würden als zum Beispiel Krankenhäuser oder Rettungsdienste.

SoVD: Sparen ohne Kürzung von Leistungen ist möglich

Als Experte für den SoVD nahm Fabian Müller-Zetzsche, Leiter der Abteilung Sozialpoli-



Foto: Screenshot Deutscher Bundestag

Bei der Anhörung vor dem Gesundheitsausschuss übten der SoVD und andere Fachverbände heftige Kritik am geplanten Sparpaket.

tik beim SoVD-Bundesverband, an der Anhörung teil. Auch er bezeichnete den vorliegenden Gesetzentwurf als nicht ausgewogen und erinnerte daran, dass gerade kranke Menschen und Versicherte in den letzten Jahren bereits erheblich zum Schließen finanzieller Lücken beigetragen hätten. Als Beispiele nannte er Einschränkungen bei Versicherungsleistungen sowie kassenindividuelle Zusatzbeiträge und

steigende Eigenanteile. Nach Überzeugung des SoVD müsse man im System jetzt zunächst an anderen Stellen sparen, ohne erneut Leistungen zu kürzen.

Auch Müller-Zetzsche kritisierte, dass sich die Bundesregierung weiterhin ihrer finanziellen Verantwortung entzieht. Durch diese ungleiche Verteilung innerhalb der Reform, so sein Fazit, passe der Belastungskompass bisher nicht. *jos*

Krankenkassen wollen Patient*innenrechte stärken

Für eine Bedenkzeit bei Selbstzahlerleistungen

Immer wieder bekommen gesetzlich Versicherte in der Praxis Untersuchungen angeboten, die sie selbst bezahlen müssen. Die Krankenkassen fordern hierfür neben hinreichender Aufklärung auch eine längere Bedenkzeit für Patient*innen.

Wer Schmerzen hat, versucht in der Regel alles, um möglichst schnell wieder gesund zu werden. Linderung und einen schnelleren Behandlungserfolg versprechen dabei individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL). Das sind Angebote, deren Nutzen nicht nachgewiesen ist und die daher nicht von den Kassen übernommen werden. Jährlich geben Patient*innen hierfür rund 2,4 Milliarden Euro aus.

Erhält man nun in der Praxis ein entsprechendes Angebot, muss man sich in der Regel sofort entscheiden. Nicht wenige Betroffenen dürften dabei das Gefühl haben, dass ein „Nein“ das Vertrauensverhältnis zur Ärztin oder zum Arzt belasten könnte. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung regt daher an, dass zwischen Angebot und Annahme entsprechender Leistungen künftig eine Einwilligungsfrist von mindestens 24 Stunden liegt. Das Argument der Krankenkassen: Was für Haustürgeschäfte vorgeschrieben ist, müsse auch für die Gesundheit gelten – zumal es nach einem erfolgten Eingriff keine Widerrufsmöglichkeit mehr gebe. *jos/dpa*

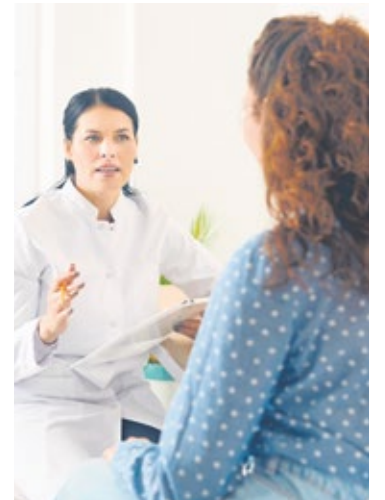


Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

Viele Menschen vertrauen auf ärztlichen Rat und zahlen bestimmte Leistungen selbst.

Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes

Behindertenrat fordert Nachbesserungen

Durch Änderungen am Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sollte sich die Situation von Menschen mit Behinderungen deutlich verbessern. Genau das aber, warnt der Deutsche Behindertenrat (DBR), sei ohne wirksame Korrekturen nicht zu erwarten.

Ende Juni fand im Deutschen Bundestag eine Anhörung der Verbände zur geplanten Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes statt. Bei dieser kritisierte der Deutsche Behindertenrat die Pläne der Bundesregierung. DBR-Sprecherinnenratsvorsitzende Michaela Engelmeier sagte, der vorliegende Entwurf bleibe hinter den Erwartungen von Millionen Menschen mit Behinderungen zurück. Es reiche nicht, Barrierefreiheit zu versprechen – sie müsse auch durchsetzbar sein.

Der Deutsche Behindertenrat kritisiert insbesondere die vorgesehenen Einschränkungen bei angemessenen Vorkehrungen, eine fehlende Beweislastentlastung sowie mangelnde Möglichkeiten, Verstöße gegen Barrierefreiheitsvorgaben wirksam rechtlich durchzusetzen. Auch die geplante Frist bis Ende 2045 für die Barrierefreiheit von Bundesgebäuden sei nicht akzeptabel. Engelmeier warnte: „Menschen mit Behinderungen brauchen keine Reform auf dem Papier, sondern echte Rechte im Alltag. Die Abgeordneten sind jetzt gefordert, den Gesetzentwurf grundlegend zu verbessern.“ *jos/dbr*



Foto: unai / Adobe Stock

Benachteiligungen im Alltag können Betroffene selbst kaum in vollem Umfang beweisen.

Gesetzesreform „vergisst“ Menschen mit Behinderungen

Antidiskriminierung ist auch Barrierefreiheit

Gleichheit vor dem Gesetz mit Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht. In Deutschland steht es im Grundgesetz (Artikel 3) – und seit 2006 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Das enttäuscht bisher; und nun auch seine Reform, meint der SoVD.

Das „Antidiskriminierungsgesetz“ AGG gibt vor allem im Arbeitsleben und bei Alltagsgeschäften (Wohnen, Kaufen) allen Menschen eine Rechtsgrundlage, die sich benachteiligt sehen: wegen äußerer Merkmale, Herkunft, Religion, Armut, Krankheit oder Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Alter. Doch es ist eines der schwächsten Diskriminierungsschutzgesetze in Europa. Da EU-Sanktionen drohen, bessert Deutschland nach, was der SoVD begrüßt.

Doch der Entwurf der Bundesministerien der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) sowie für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), über den der Bundestag am 11. Juni erstmals beriet, ist ernüchternd. Gute Ansätze sind mehr Schutz vor sexueller Belästigung – und mehr Religionsfreiheit per Kirchenklausel. Doch ist die Frist, um Ansprüche geltend zu machen, mit nun vier statt zwei Monaten immer noch zu kurz. Und alle Änderungen sind nur punktuell.

Hauptkritik des SoVD ist, dass sich für Menschen mit Behinderungen wenig tut. Ihre Belange sind kaum berücksichtigt; nur bei mehr Vorkehrungen in der Antidiskriminierungsstelle. Ansonsten würden ihre Hoffnungen „auf ganzer Linie enttäuscht“, so SoVD-Referentin Anieke Fimmen. Regelungen für mehr Barrierefreiheit fehlen ganz. „Dabei sind gerade strukturelle Barrieren für Menschen mit Behinderungen eine erhebliche Benachteiligung gegenüber anderen.“ *ele*



Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Die Regierung überarbeitet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Gegen strukturelle Barrieren steht im Entwurf nichts Neues.

Bündnis „Parität Jetzt!“ übergibt Unterschriften vor dem Bundestag an die Politik

Parlament paritätisch besetzen

Das Bündnis „Parität Jetzt!“ überreichte am 24. Juni die gesammelten Unterschriften der Petition „Keine halbe Demokratie: 50 % Frauen im Bundestag!“ symbolisch an die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Josephine Ortleb (SPD).

Zum zweiten bundesweiten Aktionstag setzte das Bündnis, dem auch der SoVD angehört, damit ein deutliches Zeichen für mehr Gleichstellung in der Politik. In einer öffentlichen Petition fordert die Initiative eine paritätische Besetzung des Bundestages und der Länderparlamente. Dadurch könnten mehr Erfahrung, mehr Perspektiven bei der Gesetzgebung eingebracht und mehr Nähe zur Lebenswirklichkeit der Menschen im Land hergestellt werden, so das Bündnis. Um das zu erreichen, setzt es sich für eine Änderung des Wahlrechts ein.

Michaela Engelmeier: Zeit für ein Paritätsgesetz

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier ist eine der Erstunterzeichner*innen der Petition. Gemeinsam mit der frauenpolitischen SoVD-Referentin Dr. Simone Real unterstützte sie die Aktion vor Ort. Dabei betonte sie: „Die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands ist weiblich. Doch im Bundestag werden Entscheidungen von mehr als doppelt so vielen Männern wie Frauen getroffen – und das seit Jahrzehnten. Die Lebensrealität von Frauen hat so kaum Einfluss auf die Gestal-



Foto: Laura Priebe

Michaela Engelmeier (li.), Simone Real (re.) und die „Mütter des Grundgesetzes“ vor dem Bundestag.

tung unserer Gesellschaft. Es ist Zeit für ein Paritätsgesetz!“

Erinnerung an Einsatz für Gleichberechtigung

Mehrere Politiker*innen unterstützten die Aktion, darunter die frühere Familienministerin Lisa Paus (Bündnis 90 / Die Grünen) und die Berliner Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe (SPD). Josephine Ortleb brachte die Forderung des Bündnisses auf den Punkt: „Frauen fordern nicht nur die

Hälfte des Kuchens, sondern die Hälfte der Bäckerei.“

In historischer Kostümierung erinnerten vier Aktivistinnen an die „Mütter des Grundgesetzes“, Elisabeth Selbert, Friederike Nadig, Helene Weber und Helene Wessel. Diese setzten sich im Parlamentarischen Rat mit Nachdruck für die Aufnahme des Satzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in das Grundgesetz ein.

Mehr Informationen zur Petition und die Möglichkeit zum Unterzeichnen gibt es unter www.paritaetjetzt.de. *str*

Bundesregierung verpasst EU-Frist für ein besseres Entgelttransparenzgesetz

Kein Fortschritt für faire Löhne in Deutschland

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Das fordert der SoVD seit Langem. Es ist auch ein Grundsatz der Europäischen Union (EU). Doch Frauen verdienen im EU-Schnitt elf Prozent weniger als Männer – in Deutschland sogar rund 16 Prozent. Die Lücke schließen soll eine EU-Richtlinie von 2023 für wirksame Maßnahmen. Drei Jahre hatten die Mitgliedstaaten Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. Die Bundesregierung versäumte den Stichtag 7. Juni, um das bestehende Gesetz zu schärfen.

Aktuell bricht Deutschland EU-Recht. Zwar gilt hier schon seit 2017 das Entgelttransparenzgesetz, das Arbeitnehmenden Auskunftsrechte über Gehälter von vergleichbaren Kolleg*innen einräumt. Aber es bewirkt wenig – was der SoVD schon seit dem Gesetzgebungsverfahren kritisiert. So greift es nur für Betriebe ab 200 Personen und sieht keine Strafen vor.

Neue Regelungen verzögern sich bis 2027

Die EU sah das genauso: Die Bundesrepublik musste bis zum 7. Juni nachbessern. Doch die Regierung aus CDU/CSU und SPD einigte sich nicht. Die Union, hier das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und

Kanzler Friedrich Merz, sieht die Wirtschaft durch Bürokratie und Gehaltsverhandlungen unter Druck und will nachverhandeln. Familienministerin Karin Prien (CDU) kündigte einen Gesetzesentwurf mit „bürokratiearmer“ Anpassung bis 2027 an. Die EU-Kommission entscheidet, ob sie ein Strafverfahren einleitet.

Folgende Regelungen muss das Gesetz mindestens treffen:

- Transparenz gilt schon bei Bewerbungen. Arbeitgebende dürfen nicht mehr nach dem letzten Gehalt fragen. In Stellenanzeigen oder im Erstgespräch müssen sie eine Gehaltsspanne oder das Einstiegsgehalt nennen.
- In Betrieben ab 100 statt wie bisher 200 Beschäftigten haben Mitarbeitende einen Aus-

kunftsanspruch. Sie können Angaben einfordern über das Durchschnittsentgelt (Median) von Vergleichsgruppen. Über dieses Anrecht müssen Arbeitgebende sie jährlich aktiv informieren.

- Bei über fünf Prozent grundlosem Unterschied müssen Firmen etwas tun. Sonst drohen Sanktionen. Das war bisher nicht so. Arbeitnehmende mussten vor Gericht klagen, was meist zur Kündigung führte. Die Beweislast dreht sich um: Nicht mehr die Beschäftigten müssen Lohndiskriminierung belegen, Unternehmen müssen sie widerlegen.
- Prüf- und Berichtspflichten zur eigenen Lohnlücke (Gender Pay Gap) erweitern sich von großen Betrieben mit über



Foto: Stock 4 You / Adobe Stock

Lohngerechtigkeit betrifft vor allem Gleichstellung: Noch immer verdienen Frauen weniger Geld als Männer, auch für gleiche Arbeit.

500 Beschäftigte auf kleinere mit über 250 und später 100.

SoVD: auch kleine Betriebe in die Pflicht nehmen

Nur vier Prozent der Angestellten nutzen laut Regierungsbericht die jetzigen Auskunftsrechte; viele fürchten Nachteile. Das

könnte eine Neufassung ändern, wenn sie die EU-Richtlinie nicht abschwächt. Der SoVD fordert zügig Rechtssicherheit für Arbeitgebende und -nehmende. Ein wirksames Gesetz wäre auch auf kleine Betriebe ausgeweitet. Denn die meisten Frauen (51 Prozent) arbeiten in solchen. *ele*

„Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ veranstaltete Podiumsdiskussion im Erich-Kuttner-Haus

Bezahlbares Verkehrssystem für alle schaffen

Die Infrastruktur in Deutschland ist sanierungsbedürftig. Ein Bündnis um den SoVD aus Sozial- und Umweltverbänden diskutierte im Erich-Kuttner-Haus über „Bund, Länder und Kommunen – wie kommen wir in die Umsetzung der sozialverträglichen Mobilitätswende?“ und zeigte Lösungen auf.

Schon die zahlreichen vor dem Erich-Kuttner-Haus abgestellten Fahrräder standen symbolisch dafür, worum es am 10. Juni bei der Vernetzungsklausur vom „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ ging. Gemeinsam mit Gewerkschaften sowie Umwelt- und Sozialverbänden setzt sich der SoVD in dem Bündnis für eine Verkehrspolitik ein, die Klimaschutz und soziale Teilhabe gleichermaßen in den Blick nimmt.

Zum Auftakt begrüßte Fabian Müller-Zetzsche, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, die Teilnehmenden. Dabei betonte er die Bedeutung des gemeinsamen Austausches: „Die sozialverträgliche Mobilitätswende lebt vom Engagement vieler Menschen und Organisationen. Sie lebt davon, dass Akteur*innen sich für sie

starkmachen, aber auch davon, voneinander zu lernen.“

Herzstück der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion zur Frage, wie Bund, Länder und Kommunen die Mobilitätswende gemeinsam voranbringen können. Unter der Moderation von Lisanne Pucher diskutierten Michael Donth (CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Udo Sieverding (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW), Verena Löw (Verkehrsbund Berlin-Brandenburg) und Jens Hilgenberg (BUND).

Einigkeit herrschte darüber, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) das Rückgrat einer sozialverträglichen Mobilitätswende bilde. Deutlich wurden jedoch die Herausforderungen bei Infrastruktur und Finanzierung. Udo Sieverding verwies auf den jahrelangen

Investitionsstau, insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Auch die Finanzierung des ÖPNV blieb ein zentrales Thema. Steigende Energie-, Personal- und Betriebskosten setzen die bestehenden Finanzierungsinstrumente zunehmend unter Druck. Michael Donth räumte den hohen Investitionsbedarf ein, verwies jedoch zugleich auf die begrenzten finanziellen Spielräume des Bundes.

Als Positivbeispiel wurde das Deutschlandticket behandelt. Sieverding bezeichnete es als ein „hervorragendes Beispiel“ erfolgreicher Verkehrspolitik. Es erleichtere den Zugang zum ÖPNV und entlaste Pendelnde. Verena Löw bestätigte die hohe Akzeptanz des Angebotes, machte aber zugleich auf fehlende Planungssicherheit für Verkehrsunternehmen auf-



Alle Fotos: Wolfgang Borrs

V. li.: Jens Hilgenberg, Udo Sieverding, Verena Löw, Michael Donth und Moderatorin Lisanne Pucher.

merksam. Jens Hilgenberg lenkte den Blick auf die soziale Dimension der Mobilitätswende. Angesichts steigender Kosten dürfe Mobilität nicht vom Besitz eines Autos abhängen. Ein leistungsfähiger und bezahlbarer ÖPNV sei unverzichtbar, um Mobilitätsarmut zu verhindern.

Die Diskussion machte deutlich: Die sozialverträgliche Mobilitätswende erfordert die Anstrengung aller Beteiligten. Eine verlässliche Finanzierung, moderne Infrastruktur und der politische Willen, soziale Teilhabe konsequent mitzudenken, sind unerlässlich. str



Viele Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen des Bündnisses verfolgten die spannende Diskussion.



Nils Löster, Projektleiter des Bündnisses, bei der Fragerunde.



Das Treffen bot auch die Chance zur Vernetzung, zum Austausch und zur Schärfung der Bündnisposition.

SoVD im Gespräch

Austausch zur Rente mit Armin Grau

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich am 22. Juni mit dem Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Armin Grau. Er ist Sprecher für Arbeit und Soziales sowie Rentenexperte der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Im Gespräch spielten die tags zuvor bekannt gewordenen Vorschläge der Rentenkommission eine große Rolle.

Michaela Engelmeier stellte bei dem Treffen die rentenpolitischen Positionen des SoVD

vor und gab eine Einschätzung der Kommissionsergebnisse aus SoVD-Perspektive.

Ein weiteres Thema war der Antrag „Gesund länger arbeiten und die Erwerbsminderungsrente verbessern“ der Grünen-Fraktion im Bundestag. Dieser fordert unter anderem den Ausbau von Präventions- und Rehabilitationsleistungen, außerdem Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz und die Einführung einer Überlastungsschutzrente für Beschäftigte mit teilweiser oder voller Berufsunfähigkeit. Michaela Engelmeier betonte, der SoVD begrüße es, dass der Fokus endlich einmal darauf gerichtet werde, wie die Menschen länger gesund arbeiten könnten.

Referent*innen trafen sich in Berlin

Am 23. Juni kamen die sozialpolitischen Referent*innen des SoVD-Bundesverbandes mit denen der Landesverbände in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt des Netzwerktreffens im Erich-Kuttner-Haus stand dabei der fachliche Austausch.

Das Treffen ergänzte eine Führung im Deutschen Bundestag. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und das Büro des Bundestagsabgeordneten Michael Thews (SPD) begleiteten die Gäste dabei.



Foto: Michael Thews, MdB

Michaela Engelmeier, Michael Thews und die SoVD-Referent*innen beim Besuch des Deutschen Bundestages.

Aktuelles Urteil

Mehr Zeit mit dem Kind, weniger Unterhaltspflicht

Wer nach einer Trennung die gemeinsamen Kinder auch selbst regelmäßig, intensiv und viel („erheblich“) mitbetreut, nämlich mehr als ein Drittel, kann den Kindesunterhalt senken. Denn nicht nur das Einkommen zählt, sondern auch der Betreuungsanteil.

Beim Wechselmodell, also wenn die Expartner*innen ihre Kinder zu genau gleichen Teilen betreuen, sind beide barunterhaltspflichtig; die Höhe richtet sich nach ihrem Einkommen. Doch nur fünf bis zehn Prozent leben so (Familienbericht des Bundesfamilienministeriums, 2025). Für alle anderen Fälle, im Residenzmodell, gilt: Wer die Kinder hauptsächlich betreut, zahlt in der Regel keinen Unterhalt. Wer sie nicht hauptsächlich betreut, ist grundsätzlich voll barunterhaltspflichtig.

Das bleibt auch bei deutlich erweitertem Umgang so. Aber: Dann kann die mitbetreuende Person den Unterhalt mindern – und muss nicht immer genauso viel zahlen wie etwa ein „Wochenend-Papa“ oder jemand, der gar keinen Kontakt zum Kind hat. Für die Höhe gilt die „Düsseldorfer Tabelle“, mit einem pauschalen Abschlag von 10 bis 15 Prozent: Bis zu drei Stufen lässt sich der Betrag reduzieren. Das stellte auch der Bundesgerichtshof nochmals klar (Az.: XII ZB 415/25). Die Höhe hängt von mehreren ab.



Foto: KOTO/Adobe Stock

Der größte Nutzen ist: Gemeinsame Zeit stärkt die Bindung.

Mehr Unterhalt gefordert – beinahe weniger bekommen

In einem aktuellen Fall lebten drei Kinder überwiegend bei der Mutter. Der Vater verbrachte mit ihnen aber viel Zeit („erheblich“, das muss mindestens ein Drittel sein, etwa durch Übernachtungen und anteilige Ferien): Sie übernachteten binnen zwei Wochen sechsmal bei ihm und achtmal bei der Mutter. Er übernahm also bis zu 45 Prozent Betreuungsanteil. Das sei zwar kein echtes Wechselmodell, sondern ein asymmetrisches. Aber wegen des hohen Betreuungsumfanges könne der Vater seine Zahlungen reduzieren, entschied das Oberlandesgericht Braunschweig (Az.: 1 UF 136/24).

Der Vater zahlte bis dahin den Mindestunterhalt. Wegen seines guten Einkommens hatte die Mutter im Namen der Kinder geklagt und mehr verlangt. Die Vorinstanz, das Amtsgericht Einbeck, hatte ihr zunächst recht gegeben (Az.: 1 F 180/22 UK). Doch der Mann wehrte sich gegen höhere Zahlungen – und das erfolgreich.

Hohes Einkommen mit hohem Betreuungsanteil „verrechnet“

Die Braunschweiger Richter*innen erklärten nun: Zwar richte sich der Unterhalt grundsätzlich nach dem Einkommen, doch auch der tatsächliche Betreuungsanteil sei entscheidend. Und in mehr als einem Drittel der Zeit trage der Vater hier ja viele Kosten vom Kinderbedarf selbst, etwa für Verpflegung und Freizeit.

Der Mindestunterhalt reiche. Für dieses pragmatische Ergebnis nutzte das Gericht eine pauschale Berechnung: Rund ein Drittel Betreuungsanteil decke etwa 15 Prozent der laufenden Kosten. Diese Minderung entspreche mehreren Stufen in der Unterhaltstabelle. Durch das hohe Einkommen blieb am Ende alles wie gehabt. *ele*

www.sovd.de/hitzeschutz

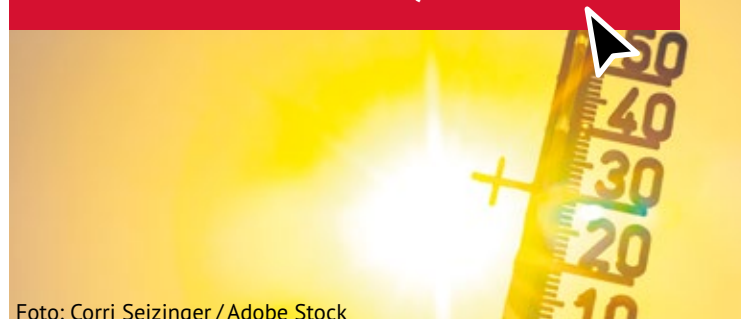


Foto: Corri Seizinger/Adobe Stock

Schleswig-Holstein

Diskussion „Für gute Pflege“

Gemeinsam hatten SoVD, Arbeiterwohlfahrt (AWO) und DGB am 11. Juni in das Haus des Sports in Kiel eingeladen. Unter der Überschrift „Für gute Pflege in einem guten Sozialstaat!“ drehte sich in diversen Vorträgen sowie in einer Podiumsdiskussion alles um die aktuelle Pflegepolitik.

Florian Schönberg, gesundheitspolitischer Referent des SoVD-Bundesverbandes, widmete sich in seinem Vortrag den Reformplänen der Koalition. Dabei kritisierte er, dass die Bundesregierung die Finanzierungsprobleme der Pflegeversicherung vor allem durch Leistungskürzungen in den Griff zu bekommen versucht.

Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte Dr. Thorsten Harbeke vom SoVD Schleswig-Holstein. Von den Auswirkungen des Pflegenotstandes in ihren jeweiligen Bereichen berichteten dabei Nicole Knudsen (Verein „wir pflegen!“), Christof Tatka (AWO), Stephanie Schmoliner (IG Metall) sowie Florian Schönberg (SoVD).

Während Nicole Knudsen aus eigener Erfahrung über die Sorgen und Nöte von Angehörigen berichtete, widmete sich Stephanie Schmoliner den Auswirkungen der Pflegekrise auf die



Foto: SoVD Schleswig-Holstein

Expertise auf dem Podium (v. li.): Dr. Thorsten Harbeke, Stephanie Schmoliner, Christof Tatka, Nicole Knudsen und Florian Schönberg.

Beschäftigten. Diese bekämen die derzeit geplanten Rentenkürzungen auch als Angehörige zu spüren. Leidtragende, warnte Schmoliner, seien dabei in erster Linie Frauen. Christof Tatka betonte, wie wichtig es sei, mehr Pflegekräfte auch aus dem Ausland zu gewinnen.

Angesichts immenser Zuzahlungen, so die Meinung aller Anwesenden, müsse die Pflegeversicherung das gesamte Risiko abdecken. Daniel Taprogge (DGB Nord) brachte es auf den Punkt: „Wir müssen die Finanzierung der Pflege auf eine andere Grundlage stellen!“

Hamburg

Nicht allein Frauensache

Eine Infoveranstaltung des SoVD Hamburg im Mai stand unter dem Motto „Care-Arbeit gerecht gestalten: SoVD-Frauen vernetzen sich“. Dabei nahm Dr. Simone Real, stellvertretende Leiterin der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, auch explizit Männer in die Pflicht.

Care-Arbeit („Sorgearbeit“) hält unsere Gesellschaft in weiten Teilen zusammen. Ob Betreuung von Kindern, Pflege von Angehörigen oder Organisation des Familienalltages – überwiegend sind es Frauen, die diese wichtige Arbeit leisten. Die Folgen sind oft unterbrochene Erwerbsbiografien, geringere Einkommen und ein erhöhtes Risiko für Altersarmut.

In ihrem Vortrag stellte Dr. Simone Real sozialpolitische Forderungen und Ziele des SoVD vor. Sie machte deutlich, dass eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit letztlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Dafür brauche es nicht nur engagierte Frauen, sondern auch Männer, die Verantwortung übernehmen und Gleichstellung aktiv mitgestalten.

Spätestens nach der Geburt des ersten Kindes, darin waren sich alle Teilnehmerinnen einig, sei es vorbei mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann.



Foto: SoVD Hamburg

Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel (re.) bedankte sich bei Dr. Simone Real mit einem kleinen Präsent für ihren Vortrag.

Hier setzen Forderungen des SoVD nach einer paritätischen Aufteilung der Elterngeldmonate an. Stärker zwischen den Geschlechtern umverteilt werden müsse auch die Pflege von An- und Zugehörigen. Engagiert diskutierten die Anwesenden „Stellschrauben“ wie Teilzeit,

Elterngeld, Steuerklassen, Leistungen für pflegende Angehörige und vieles mehr. Die gut besuchte Veranstaltung machte deutlich, wie wichtig die Vernetzung gerade für Frauen ist. Denn Veränderungen beginnen dort, wo Menschen gemeinsam handeln.

Für Ausnahmesituationen immer das Wichtigste griffbereit beisammen haben

Notfallmappe als große Hilfe

Im Leben kann viel passieren. Gehen dabei Dokumente verloren oder werden zerstört, lassen sie sich oft nicht wiederbeschaffen. Um handlungsfähig zu bleiben, ist es ratsam, Wichtiges stets griffbereit zu haben, falls man schnell aus dem Haus oder der Wohnung muss, ob im Original oder als (digitale) Kopie.

Manche Situationen kommen überraschend, etwa Hochwasser, ein Brand oder eine Bombenentschärfung, wegen der die Gegend evakuiert wird. Dann müssen Menschen ihr Zuhause sofort verlassen. Für den Notfall ist es gut, einige Unterlagen parat und Daten gesichert zu haben.

Am besten bewahrt man alle wichtigen Dokumente und Datenträger in einer Mappe auf, rät das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Wo sie ist, sollten Familie, Partner*innen oder Mitbewohner*innen wissen.



Foto: miguel / Adobe Stock

Für Notfälle lässt sich eine Mappe mit wichtigen Dokumenten anlegen. Und auch eine digitale Datensicherung kann „rettend“ sein.

„Checkliste“ für die Mappe: Das gehört hinein

Folgende Dokumente empfiehlt die BBK.

- Original: Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden, eventuell Familien-Stammbuch.
- Original oder beglaubigte Kopie: Sparbücher, Konto-Verträge, Aktien, Wertpapiere, Versicherungen; Renten-, Pensions- und Einkommensbescheinigungen, Einkommensteuerbescheide; Zeugnisse und Qualifizierungen; Verträge (auch Änderungsverträge), etwa für die Miete; Testament, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

- Einfache Kopie: Personalausweis, Reisepass, Führerschein, Fahrzeugpapiere; Impfpass; Grundbuchauszüge; Leistungs- und andere Bescheide; Sozialversicherungsnummer, Belege für Versicherungsprämien, vor allem zur Rente; Rechnungen, die Ansprüche belegen; Mitgliedskarten und Beitragsbücher.

Sinnvoll sind zudem Listen mit Ärzt*innen, Erkrankungen und Medikamenten. Echte oder digitale Kopien (Foto oder Scan) von allem kann man auch bei Vertrauten hinterlegen.

Persönliche Dateien sichern, die ein Verlust wären

Regelmäßig speichern sollte man persönliche Dateien, etwa Kontakte, E-Mails, Fotos oder Videos. Für Datensicherungen (Backups) empfiehlt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) externe Festplatten oder USB-Sticks. Getrennt vom PC aufbewahren, am besten in der Mappe! Auch Speichern in einer Cloud im Internet oder per Software ist möglich, aber vorher die Datensicherheit prüfen! Auf www.bsi.bund.de gibt das BSI Anleitungen. *ele*

Aktuelles Urteil

Ehe bleibt Bedarfsgemeinschaft

Auch wer als Ehepaar in getrennten Wohnungen lebt, kann beim Bürgergeld weiterhin als Bedarfsgemeinschaft gelten. Entscheidend ist laut Sozialgericht Hannover nicht die Wohnadresse, sondern die gelebte Ehe. Ein Antrag auf höhere Grundsicherungsleistungen wurde deshalb abgelehnt.

Wer Bürgergeld bezieht, kann sich nicht allein durch getrennte Wohnungen von der Anrechnung des Einkommens des Ehepartners lösen. Das hat das Sozialgericht Hannover entschieden.

Im konkreten Fall hatte eine Bürgergeldempfängerin höhere Leistungen für sich und ihre vier Kinder beantragt. Sie argumentierte, keine Bedarfsgemeinschaft mehr mit ihrem Ehemann zu bilden, da beide in unterschiedlichen Wohnungen lebten. Deshalb dürfe dessen Einkommen nicht angerechnet werden.

Das Gericht sah das anders. Zwar wohnten die Eheleute getrennt, ihre eheliche Lebensgemeinschaft bestehe jedoch weiterhin.



Foto: Piotr Marcinski / Adobe Stock

Getrennte Haushalte können eine Bedarfsgemeinschaft bilden.

Der Mann betreute regelmäßig die gemeinsamen Kinder, unterstützte die Familie im All-

tag, half bei Krankheit, besaß einen Wohnungsschlüssel und unternahm gemeinsame Ausflüge mit den Kindern.

Nach Auffassung des Gerichts ist für die Berechnung der Höhe der Grundsicherung nicht entscheidend, ob Ehepartner*innen unter derselben Adresse gemeldet sind. Maßgeblich sei vielmehr, ob die eheliche Lebensgemeinschaft tatsächlich beendet wurde. Dafür müsse mindestens ein*e Ehepartner*in die Ehe erkennbar ablehnen und dauerhaft getrennt leben wollen.

Da dies hier nicht der Fall war, blieb es bei der Anrechnung des Einkommens des Ehemannes auf die Sozialleistung. Der Antrag auf höhere Bürgergeldleistungen wurde daher abgelehnt (Az.: S 7 AS 334/26 ER). *str*



Personalien

Norbert Weber, Mitglied des Verbandsrates und seit 2022 Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz/Saarland, wird am 12. August 70 Jahre alt.

Schon kurz nach SoVD-Beitritt 2016 engagierte Weber sich im Vorstand des Ortsverbandes Rülzheim, ab 2019 als Vorsitzender. Seither ist er auch Beisitzer im Kreisverband Germersheim.



Informationen über SoVD-Mitbegründer

Wegbereiter Erich Kuttner

Der SoVD würdigt seine Wurzeln – und seinen Mitbegründer Erich Kuttner. Dessen Einsatz für Demokratie und Soziales ist aktueller denn je, er bleibt Mahnung und Vorbild. Das zeigt auch ein Flyer.

Seit Mai 2025 heißt die SoVD-Bundesgeschäftsstelle „Erich-Kuttner-Haus“ (siehe auch Juni-Ausgabe, Seite 24). Damit bekennt sich der Verband zu seinen Ursprüngen. Der Name ehrt Kuttners Lebenswerk, stärkt das Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und erinnert an den mutigen Einsatz hierfür.

Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich Kuttner für die Rechte und soziale Sicherung von Kriegsoptionen und Schwerbeschädigten. Das führte 1917 zur Gründung des Reichsbundes, heute SoVD. Als Sozialdemokraten und Juden verfolgten ihn die Nazis und ermordeten ihn 1942.

Mehr über Kuttners Leben und Nachwirken steht in einem neuen Falt-Flyer, den interessierte Gäste bald im Erich-Kuttner-Haus erhalten können. Zudem informiert der Verband auf www.sovd.de unter „Über uns“ – „Geschichte“. *ele*



Grafik: SoVD

Ein Flyer erklärt auch die Verbandsgeschichte.

SoVD-Broschüre bereitet auf MD-Gutachten vor

Neues Pfl egetagebuch

Eine Pflegesituation ist eine Herausforderung; für die Pflegebedürftigen selbst und oft auch für ihre Angehörigen. Mit dem immer aktuell gehaltenen Pfl egetagebuch bietet der SoVD eine Hilfe an.

Die Broschüre informiert über Leistungen der Pflegeversicherung und erleichtert die Selbsteinschätzung: Was geht noch allein, was nicht mehr? Das hilft, sich auf eine Begutachtung vorzubereiten, wenn der Medizinische Dienst (MD) den Pflegegrad festlegt.

Alles ist angepasst an den Stand 2026. So sind die Verhinderungs- und Kurzzeitpflege (ab Pflegegrad 2) seit Juli 2025 zum „Gemeinsamen Jahresbetrag“ zusammengefasst. Dieses Entlastungsbudget, bis 3.539 Euro, ist flexibel einsetzbar. Dazu informierte der SoVD schon in der Zeitung und per „Sozial-Info“.

Das barrierefreie PDF kann man herunterladen auf www.sovd.de im Menü „Medien“ bei „Broschüren“ oder unter: www.sovd.de/pfl egetagebuch. Die gedruckte Version bitte über die Landesverbände bestellen. *ele*



Grafik: SoVD

Die aktualisierte Broschüre.

S.O.S. Sozialstaat! – Kundgebung in Hannover

Mit einer Kundgebung unter dem Motto „S.O.S. SOZIALSTAAT!“ haben über 3.000 Menschen vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover vor den dramatischen Folgen der drohenden Kürzungen im Sozialstaat gewarnt. Zu der Kundgebung hatte das „Bündnis starker Sozialstaat“, ein Zusammenschluss niedersächsischer Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, aufgerufen.

Vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz forderte das Bündnis die niedersächsische Landesregierung auf, sich entschieden gegen Kürzungen bei sozialen Leistungen und Unterstützungsangeboten einzusetzen. Für das Bündnis steht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel, wenn soziale Sicherungssysteme weiter geschwächt werden.

Der Sozialstaat sichert Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen ab, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schützt vor Armut – etwa in Krankheit, im Alter, bei Erwerbslosigkeit, Behinderung oder familiären Belastungen. Kürzungen in diesen Bereichen haben direkte Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Niedersachsen und auf die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, so die Bündnispartner*innen.

Im Mittelpunkt der Kritik standen mögliche Einschnitte bei der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie beim Unterhaltsvorschuss. Ebenso wandte sich das Bündnis gegen Kürzungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege, gegen eine Schwächung der gesetzlichen Rente sowie gegen eine Aufweichung des Acht-Stunden-Tages.

Auch Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies stellte sich auf der Bühne den Forderungen des Bündnisses und äußerte sich zu den Erwartungen an die Ministerpräsidentenkonferenz: „Damit hier kein falscher Eindruck entsteht. Niedersachsen hat gesagt, wir binden uns ein und sehen uns als Teil, der den Sozialstaat bewahrt und dafür kämpft. Das, was morgen

in der Ministerpräsidentenkonferenz diskutiert wird, ist ein Prozess, es ist kein Gesetz. Es ist eine Haltung der Ministerpräsidenten, die deutlich machen, dass die, die mal formuliert haben, was alles gekürzt werden kann, damit nicht durchkommen. Es wird keine Einschränkungen beim Wunsch- und Wahlrecht geben.“

Für das Bündnis starker Sozialstaat machten Vertreter*innen deutlich, dass Sparpolitik auf

Kosten sozialer Sicherheit keine Zukunftsperspektive ist. Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, sagte: „Die Rentenpläne haben nicht den Menschen im Blick, sondern sind Sozialabbau pur. Während die Politik von Reformen spricht, bekommen die Bürger*innen weniger Rente, müssen länger arbeiten und sind als Hinterbliebene schlechter versorgt. Wir sagen klar: Finger weg von der gesetz-

lichen Rente – Altersarmut darf nicht billigend in Kauf genommen werden.“

Zum Bündnis starker Sozialstaat gehören in Niedersachsen Gewerkschaften und Sozialverbände, darunter die AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft, der Paritätische Niedersachsen, die Diakonie in Niedersachsen, die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die Caritas in Niedersachsen, der Kinderschutzbund Nieder-

sachsen, der SoVD, die Lebenshilfe Niedersachsen, der Sozialverband VdK, der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen sowie der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften EVG, GdP, GEW, IG BAU, IGBCE, IG Metall, NGG und ver.di.

Weitere Statements der verschiedenen Bündnismitglieder können online in der gemeinsamen Pressemitteilung nachgelesen werden unter: <https://tinyurl.com/5hcraxep>.



Foto: Sara Masić

Die Kundgebung fand neben dem Landtag in Hannover statt.



Foto: Elin Schweiger

Abschlussfoto mit Mitgliedern des „Bündnisses starker Sozialstaat“ und Landespolitiker*innen. Ministerpräsident Olaf Lies erhielt symbolisch einen Rettungsring überreicht.



Fotos (2): Sara Masić

SoVD-Engagierte der Ortsverbände Hannover-Mitte, Hannover-Süd, Hannover-Linden und Anderten beteiligten sich an der Kundgebung.



Der Platz der Göttinger Sieben am Niedersächsischen Landtag war trotz hoher Temperaturen gefüllt. Rund 3.000 Menschen waren gekommen, um die Anliegen des Bündnisses zu unterstützen.



Foto: Elin Schweiger

S.O.S.: Demoschilder, Rettungswesten, Warnlichter und Krankenwagen gehörten hier dazu.



Ernesto Harder (DGB) und Kerstin Tack (Paritätischer) im Austausch mit Ministerpräsident Olaf Lies (Mitte).



Fotos (3): Sara Masić

Dirk Swinke (SoVD) vertrat die Forderungen des Bündnisses im Bereich Rente. Er stellte unter anderem deutlich klar, dass es keinen schleichende Erhöhung des Renteneintrittsalters geben dürfe.



Laura Syska (AWO) und Fabian Steenken (Landesarmutskonferenz) moderierten die Veranstaltung.

Briefe an die Redaktion

„Grundsätzliche Reformen sind erforderlich“

In dieser Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich dabei um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Post an: SoVD, Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Elsbeth Boljen (per E-Mail) meint zum März-Titelthema „Demografiedebatte ist überzogen“:

Die sozialen Probleme sind nicht mehr wegzudiskutieren. Obwohl sehr viel Steuergeld ins System gezahlt wird, ergibt sich keine sichere Perspektive für Renten und auch nicht für das Gesundheitssystem.

Grundsätzliche Veränderungen sind meiner Meinung nach erforderlich. [...] Reformen bedürfen enger Übergangsregelungen: statt Ehegattensplitting Familiensplitting, Minijobs sogar abschaffen oder vom Umfang her stark reduzieren, jeder Erwachsene kümmert sich um seine Absicherung [...].

Anderer Ansicht als der SoVD ist Wilhelm Rohlfing aus Hille bei Michaela Engelmeiers Juni-„Blickpunkt“, was den Einbezug

von Beam*innen ins gesetzliche Rentensystem angeht:

Wenn der Staat, das sind wir alle, versagt, wird die Neiddebatte aus der Rumpelkammer geholt. Beamtinnen und Beamte sind das Rückgrat der Gesellschaft. Nicht ohne Sinn haben kluge Politiker [...] den Beamtenstatus gesetzlich in das Staatswesen eingebunden. Beamtinnen und Beamte setzen Gesetze um und garantieren durch ein Streikverbot und Alimentation die Funktion des Staates.

Ich habe [...] 50 Jahre und 11 Monate für dieses Land einen Beitrag geleistet. Während dieser Zeit habe ich ohne Unterbrechung in das Rentenversicherungssystem eingezahlt [...]. Nach Eintritt in den Ruhestand waren die Versorgung aus den erworbenen Rentenansprüchen und den Versorgungsleistungen nicht wie geplant ad-

diert, sondern die Rente wurde mit den Versorgungsbezügen verrechnet und der Versorgungsbezug von 75% auf 71,75% gekürzt. [...]

Wenn Beamtinnen und Beamte ins Rentensystem eingebunden werden, müssen Nachzahlungen des Staates als Arbeitgeber für die Rentenkasse und Krankenversicherung geleistet werden. Dazu kommen [...] Zahlungen für Überstunden, Versetzungen und weitere Verpflichtungen aus dem Tarifrecht.

Zu „Bleibt Gesundheit bezahlbar?“, Titelthema im April, schreibt Jörg Forstner aus Kiel:

Diese Frage verfolge ich als Mediziner und vormals studierter Gesundheitsökonom seit Langem [...]. Zu meiner großen Verwunderung gelten die WANZ-Kriterien des Paragraphen 12 SGB V ausschließlich für medizinische Leistungen



Foto: jörn buchheim / Adobe Stock

Die Probleme im Renten- und Gesundheitssystem bereiten Sorgen.

– nicht jedoch für die Bürokratie in Politik und in den gesetzlichen Krankenkassen (Anm.: [...] wirtschaftlich, ausreichend, notwendig und zweckmäßig = WANZ).

In der Administration von Wirtschaftsunternehmen hat die Einführung von Computern bereits in den 1990er Jahren zum Abbau von Stellen geführt. Nicht jedoch in der

GKV. In der Wirtschaft führen Fusionen stets zum Stellenabbau. Die drastische Reduktion der Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen von ca. 300 auf aktuell ca. 90 hat hingegen zu keiner nennenswerten Reduktion von Stellen geführt. [...] Diese überflüssigen Gehaltszahlungen an Bürokraten fehlen in der Versorgung kranker Menschen.

Anzeigen

Südtirol

Sommer Urlaub in Südtirol
Woche ab € 660,- /Person inklusive Halbpension Südtirol Guest Pass = Seilbahnen & öffentlicher Nahverkehr kostenlos

bei Meran 1-39010 Saltaus / Passeiertal
Tel. + Fax 0039/0473/64 54 78
www.pension-sonnegg.com

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald · Gruppenreisen 2026

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfwiesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangeboten, für 20 - 50 Personen.

Claudia Eckelmann - Frieb · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

Auch zur Miete

Service bundesweit
Kurze Lieferzeiten
Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**
www.minova-lift.de

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers, ab 35,-€/Tag ☎05524/1630

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur run

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner
Agentur Neun GmbH
Vanessa Kunz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/ 53 90-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

Bayerischer Wald

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe
nahe Passau

großzügige Bäderlandschaft, versch. Saunen, Ruheoasen

Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
Gem. Komfortzimmer(WLAN) Wohlfühl-Bäderlandschaft. 5 ÜN mit HP ab 355,- € p.P/DZ
Wahlmenüs mit reg. Zutaten, Salatbuffet, Frühstücksbuffet mit hausg. Köstlichkeiten.
Bäderlandschaft mit Saunen u. Ruheoasen zum Wohlfühlen. Massage & Kosmetiksalon.
Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl - der Höhepunkt Ihrer Reise.
2 Kegelbahnen, Tanzbar. Hoteleigene Tiefgarage.
Zentrale Lage für Ausflüge nach Passau, Böhmen und Österreich.
Romantik Posthotel · Fam. Dafinger · 94133 Röhrnbach · Marktplatz 1
Tel 085 82-80 88 · www.romantik-posthotel.de

Teutoburger Wald

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:
Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter
07243 / 5390-123

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 69€

staatl. anerkt. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten
Seniorenfreundlich, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de landhotel@spessartruh.de

Reisetipp

Seniorenurlaub
Allgäu, Ostsee und Böhmisches Bäderdreieck

GUTSCHEIN für einen Katalog „Urlaub 2026“. Hotels im Allgäu, an der Ostsee und im Böhmisches Bäderdreieck, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus, inkl. Haustürabholung, z.B. 7 Tage inkl. HP für nur 759,-€. **Gratis-katalog anfordern** unter ☎ 0 83 76 / 92 92 72
Seniorenflug Kellner GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenflug.de

Nord-/ Ostsee

Büsum ***. FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WaZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎0174/6113066

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee–Ferienwoh. strandnah Garten Hund willkommen freie Termine ab 85 € ☎0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos. Dachterr. Badese. Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrashof.de

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. ☎ 04834-9204, www.deichtraume.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, 10 Anwd., Hotel*** ab €222,- optional Hausabholung ab €99,- JAWA-Reisen.de (GmbH) Gierstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- €** ☎ 0 48 34/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + ÜF 25,- €. ☎0160/171 44 38

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

Bayerischer Wald

So muss Urlaub sein!

5 ÜN pro Person ab 385,- inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness

Urlaubshotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Tipp für Kinder

Einfach Frida – Hurra, ich bin ein Schulkind!

Endlich ist der große Tag da: Nun ist Frida ein Schulkind. Stolz, aber auch ein wenig unsicher betritt sie zum ersten Mal ihr Klassenzimmer. Ob die anderen Kinder das gleiche Kribbeln im Bauch spüren? Wie gut, dass Frida schon bald neue Freundinnen findet, mit denen sie durch dick und dünn gehen kann – sei es das Ausfallen ihres ersten Milchzahns, ein Streit mit ihrer Mitschülerin Gesine oder das Spielen auf dem Schulhof. Für Frida ist jeder Schultag ein Abenteuer und falls sie doch mal Hilfe braucht, sind Mama und Papa immer zur Stelle.



In ihrem neuen Buch schildert die Pädagogin Eliane Retz den Kinderalltag hautnah. Kunterbunt, humorvoll und liebevoll illustriert hat die Geschichte Sandy Thißen.

Eliane Retz: *Einfach Frida – Hurra, ich bin ein Schulkind!* Schneiderbuch, 128 Seiten, ab 5 Jahren, ISBN: 9783505153686, 14 Euro.

Möchtest du das Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff „Einfach Frida“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. August. Weil es technische Probleme gab, gilt dieses Datum übrigens auch noch für die Verlosungen der Juniausgabe.

Rolands Rätselecke

Knobelei im Klassenzimmer

Bei diesem kleinen Rätsel musst du die richtige Bezeichnung der abgebildeten Dinge eintragen. Besonders wichtig sind die Buchstaben in den Kreisen, die eine kleine Nummer haben. Diese schreibst du unten in die entsprechende Leerstelle und bekommst so das gesuchte Lösungswort – viel Erfolg!

Foto / Grafik: Sensay, Marivolkoff / Adobe Stock; Montage: SoVD

DIE KREATIVEN GEWINNER*INNEN SIND GEWÄHLT!

Der Malwettbewerb zum Thema „**Meine gerechte Welt**“ ist nun vorbei und wir haben drei tolle Gewinner*innen!

Der Vorstand des Sozialverband Deutschland hat die schönsten Kunstwerke ausgesucht. **Herzlichen Glückwunsch an die kreativen Köpfe!**

1. PLATZ
Hanna Rathje
9 Jahre

2. PLATZ
Jonna Kistenmacher
9 Jahre

3. PLATZ
Floria Frings

In euren Bildern haben die kleinen Künstler*innen gezeigt, wie eine Welt aussieht, in der alle Menschen freundlich miteinander umgehen und in bunter Vielfalt zusammenleben.

Ein riesiges Dankeschön an alle kleinen Künstler*innen, die mitgemacht haben – ihr habt Großartiges geleistet!

Schauspielerin Anja Kruse wechselte vom Fernsehen zurück ans Theater

Spaß auf der großen Bühne

Serien wie „Die Schwarzwaldklinik“ oder „Das Traumschiff“ machten sie zu einem TV-Star. Als mit zunehmendem Alter dann die Rollenangebote ausblieben, kehrte sie zurück auf die „Bretter, die die Welt bedeuten“. Am 5. August feiert Anja Kruse ihren 70. Geburtstag.

Die in Essen geborene Darstellerin war in diversen erfolgreichen Fernsehproduktionen zu sehen. Heute geht Anja Kruse mit den TV-Verantwortlichen jedoch hart ins Gericht. Bei vielen Sendern, sagt sie, regiere der „Jugendwahn“. Kruse empfindet es als absurd, wenn 40-Jährige geschminkt werden, um dann Großmütter zu spielen.

Ihre Fans müssen dennoch nicht auf Anja Kruse verzichten: Sie kehrte zurück zu den Ursprüngen ihrer Karriere und stand zuletzt im Theater an der Kö in Düsseldorf auf der Bühne.



Foto: Metodi Popow / picture alliance / SZ Photo

Sie steht lieber vor Publikum statt vor einer Kamera: Anja Kruse mit Ingolf Lück in der Komödie „Brauchen Sie ‚ne Quittung?“.

Nach dem Abschied als TV-Kommissar wendet sich Axel Milberg neuen Rollen zu

Ein Leben nach dem „Tatort“

Über zwei Jahrzehnte hinweg spielte er den wortkargen Kommissar Borowski aus dem Kieler „Tatort“. Mit viel Vergnügen stürzt sich der Schauspieler nun in neue Projekte – und überrascht dabei mit einem ungewohnten Aussehen. Am 1. August wird Axel Milberg 70 Jahre alt.

Als kleiner Junge wollte er sich möglichst niemals langweilen. Der Beruf als Schauspieler erschien Axel Milberg daher als ideale Lösung. Gerne blickt er auf seine Rolle als „Tatort“-Kommissar zurück. Für den in Kiel geborenen Milberg war es ein Geschenk, dadurch beruflich immer wieder Zeit in seiner Heimat zu verbringen.

In „Risotto brutale“ zeigt sich der Darsteller nun mit langem Haar und Schnurrbart. Zudem gibt es ein Wiedersehen mit Maren Eggert, der Ex-„Tatort“-Psychologin Frieda Jung.



Foto: Georges Pauly / NDR

Der NDR-Film „Risotto brutale“ von Regisseurin Friederike Jehn (Mi.) vereint Axel Milberg und Maren Eggert wieder vor der Kamera.

Als Kind litt Isabell Varell unter Legasthenie und hat für Eltern einen Tipp

Vorlesen, zuhören, Mut machen

Die Sängerin und Schauspielerin mit dem ansteckenden Lachen gilt als Frohnatur. Das war nicht immer so. Denn aufgrund einer Lese-Rechtschreib-Schwäche erlebte sie als Kind in ihrem Elternhaus Abweisung und Gewalt. Am 31. Juli feiert Isabell Varell ihren 65. Geburtstag.

Es ist eine dunkle Zeit in ihrem Leben, die sie erst spät für sich aufarbeitete: Als Kind verstand Isabell Varell nicht, warum sie nicht so gut lesen konnte wie andere. Ihre Lehrerin bezeichnete sie damals als „geistig zurückgeblieben“; ihre Mutter versuchte, sie durch Schläge zum Lernen zu bringen.

Die Schauspielerin hofft, dass Familien heute mit mehr Verständnis reagieren. Varell sagt, jedes Kind verdiene den Satz: „Mit dir ist alles in Ordnung – wir kriegen das hin!“. Ihr zumindest hätte das damals geholfen.



Foto: Sven Simon / picture alliance

Isabell Varell (re.) gemeinsam mit Anna Angelina Wolfers bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises.



Buchtipps

Fünf, sechs, sieben, acht

Anton ist 60 Jahre alt. Als Steptänzer ist er nicht mehr so schnell wie früher, aber mit seiner Erfahrung und Ausdruckskraft tanzt er – noch – allen davon. Wer sollte ihm also die Stelle als Choreograf an einer Theaterbühne streitig machen? Doch die neue Intendantin engagiert ausgerechnet Emma, Antons Tochter. Anton ist verletzt, wütend, traurig und zugleich stolz auf seine Tochter.

Die Absage spült das Gefühl des Älterwerdens in ihm hoch. Anton spürt die eigene Endlichkeit und fragt sich, ob er sein Leben richtig gelebt hat. Als Vater und Tochter gemeinsam nach Irland reisen, brechen alte Konflikte wieder auf. Für Anton aber wird es vor allem eine Reise zu sich selbst. Er begreift: Zu Ende ist es erst, wenn es zu Ende ist. Bis dahin will das Leben gelebt werden.

Ewald Arenz: *Fünf, sechs, sieben, acht.* Dumont, 240 Seiten, ISBN: 978-3-7558-0057-6, 25 Euro.



Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie entweder mit dem Betreff „Fünf, sechs, sieben, acht“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. August. Weil es zuletzt technische Probleme beim Empfang von E-Mails gab, gilt dieses Datum ausnahmsweise weiterhin für die in der Juniausgabe enthaltenen Verlosungen.



Denksport

Blicken Sie bei diesem Durcheinander durch?



Foto: Jonas Sjöblom / Adobe Stock

Anders als die abgebildeten Gegenstände vermuten lassen, geht es bei diesem Rätsel nicht um handwerkliche Fähigkeiten. Wir wollen vielmehr testen, ob Sie den Überblick haben. Denn auf dem unteren Bild fehlen insgesamt fünf Dinge – welche? Die Auflösung unserer Denksportaufgabe steht auf Seite 18.

Buchtipp

Sturm über Christiansø

Mitten in der Ostsee, unweit der dänischen Sonneninsel Bornholm, liegen die kleinen Erbseninseln. Ein paar Dutzend Einwohner, viel Natur und malerische Fischerkaten – das perfekte Idyll. Dann aber verschwindet die Umweltaktivistin Anna unter mysteriösen Umständen. Besteht ein Zusammenhang mit ihrem erbitterten Kampf gegen einen großen Windpark vor der Küste?



Lennart Ipsen, Leiter der Bornholmer Kripo, nimmt das Postschiff, um in Christiansø Ermittlungen anzustellen. Doch ein heftiger Sturm zieht auf, Lennart sitzt fest. Während der Wind die Inseln umtost, muss er feststellen, dass Neid, Hass und Habgier auch an diesem scheinbar so verwunschenen Ort ihren festen Platz haben.

Michael Kobr: *Sturm über Christiansø. Ein Bornholm-Krimi.* Goldmann, 400 Seiten, ISBN: 978-3-442-30239-0, 25 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Sturm über Christiansø“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder gerne auch per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. August. Weil es zuletzt technische Probleme beim Empfang von E-Mails gab, gilt dieses Datum auch noch weiterhin für die in der Juniausgabe enthaltenen Verlosungen.

Variante: LEICHT

9			4	7		6	1
3		7	6				8
	○				8	2	5
5						1	4
7				6		○	2
	1	8					3
	7	1	3				
	9				1	6	8
2	6		5	○	4		9

Auflösung des Vormonats

2	7	8	1	9	6	5	3	4
3	9	5	7	2	4	6	8	1
4	6	1	3	5	8	2	9	7
1	3	7	8	6	2	4	5	9
6	2	4	9	1	5	3	7	8
8	5	9	4	7	3	1	6	2
9	1	6	2	3	7	8	4	5
5	8	2	6	4	9	7	1	3
7	4	3	5	8	1	9	2	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

			3	8				
1		○		5	4		8	9
			1			2		
5	4		○			9		8
		8		9		6		
6		2					7	1
		5			3	○		
9	1		2	4				3
			1	7				

Auflösung des Vormonats

4	6	3	9	5	7	2	1	8
1	7	8	6	2	3	9	4	5
2	5	9	8	4	1	7	3	6
6	1	4	7	3	5	8	2	9
9	8	5	2	6	4	1	7	3
7	3	2	1	9	8	5	6	4
5	9	7	3	1	6	4	8	2
8	4	6	5	7	2	3	9	1
3	2	1	4	8	9	6	5	7

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss (auch noch für die Juniausgabe) ist der 15. August. Dieses Rätsel steht über das E-Paper auch online zur Verfügung.

Gibt's doch gar nicht, oder?

Ersatzverkehr in der Sackgasse

Anfang des Jahres war die Strecke von Köln nach Hagen wegen Bauarbeiten gesperrt. Daher setzte die Deutsche Bahn ersatzweise Busse ein. In Solingen geriet einer dieser Busse in eine Sackgasse, touchierte ein Haus und sorgte für einen nächtlichen Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr.

Bauarbeiten sorgen stets für Unannehmlichkeiten. Fahrgäste der Deutschen Bahn kennen das zur Genüge. Als im Februar der Fahrer eines Gelenkbusses in Solingen falsch abbog, geriet dieser in eine schmal Sackgasse. Und da war das Malheur passiert – er steckte fest und blockierte die Straße komplett. Versuche, sich aus eigener Kraft zu befreien, blieben erfolglos. Zu nachtschlafender Zeit rückten daher Feuerwehr und Polizei an. Doch auch die Einsatzkräfte waren zunächst ratlos. Erst nach 13 Stunden konnten sie den Bus schließlich mit Spezialtechnik befreien.



Foto: Tim Oelbermann / picture-alliance

Bei diesem Haus in Solingen hielt der Schienenersatzverkehr der Deutschen Bahn zumindest für kurze Zeit direkt vor der Tür.

Redensarten hinterfragt

Kein Blatt vor dem Mund

Teilt jemand unverblümt die eigene Meinung mit, dann nimmt diese Person sprichwörtlich kein Blatt vor den Mund. Doch nicht immer können andere Zeitgenossen mit unangenehmen Wahrheiten auch umgehen. Die Klärung der Herkunft dieser Redensart führt zunächst ans Theater.

Herrschende mögen es gar nicht, wenn man sie verspottet oder ihnen die Leviten liest. Das wusste auch die Schauspielzunft im 13. Jahrhundert. Mithilfe eines Tricks machte man sich damals trotzdem in Komödien über die Elite des Landes lustig.

Um ihre Respektlosigkeiten auf offener Bühne ohne Angst vor Strafe vortragen zu können, versteckten die Schauspieler*innen ihre Gesichter anfänglich hinter einem Blatt Papier; später verwendeten sie für den gleichen Zweck Masken. Wer dennoch mutig zu seinen Äußerungen stand, der nahm halt kein Blatt vor den Mund.



Foto: ViDi Studio / Adobe Stock

Zugegeben: Salatblätter wären unter Umständen zweckdienlich – mit der gesuchten Redensart haben sie aber nichts zu tun.

Des Rätsels Lösung

Quiz für echte Bücher-Profis (Ausgabe Juni, Seite 16)

Kennst du dich mit dem Sams oder den Olchis gut aus? Dann war dieses Rätsel wohl kein Problem. Passend zu den grünen Monsterwesen lautete das Lösungswort „Müllberg“.

Blicken Sie bei diesem Durcheinander durch? (Denksport, Seite 17)

Die fehlenden Teile haben wir im Bild rechts markiert.



Mit spitzer Feder

Buchtip

Fit und beweglich durch das Jahr 2027

Mit diesem praktischen Wandkalender bleiben Sie das ganze Jahr über in Bewegung. Insgesamt 52 anschaulich erklärte Übungen helfen dabei, fit und aktiv zu bleiben. Zudem geben Dr. Petra Bracht und Roland Liebscher-Bracht jede Woche wertvolle Tipps, wie es gelingt, Beschwerden vorzubeugen oder bestehende Erkrankungen des Bewegungsapparates zu lindern.

Petra Bracht, Roland Liebscher-Bracht: Fit und beweglich durch das Jahr mit Liebscher & Bracht 2027. Mosaik Verlag, Wandkalender, 56 Seiten, ISBN: 978-3-442-39544-6, 16 Euro.



Möchten Sie den Kalender gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Fit und beweglich durch das Jahr“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. August. Dieses Datum gilt ausnahmsweise auch weiterhin noch für die Verlosungen der Juniausgabe.



Luft-röhren-ast	Knochen des Brust-korbes	weibl. Vorname	Zuruf an Zugtiere	persönl. Fürwort	Groß-stadt im Ruhr-gebiet	Blas-instru-ment	süddt.: Kahn, Nachen	Weis-sagung	ein-stellige Zahl	Zeichen für Radon	Auftrag, Voll-macht	Kleinkind-fahrzeug	spañisch: Mutter	Ortsteil von Berlin	ägypt. Tempel-anlage: ... Simbel	Herr-scherin	„Mutter der Armen“ † 1997
				10		Pyre-näen-staat					Verdau-ungs-organ b. Rind			7			
Zugangs-hindernis	Freund von Karl Marx †	Frauen-name gleitende Bewegung			„Nibe-lungen-stadt“	Hafen-stadt am Pers. Golf		zwei-rädriges Sport-fahrzeug	9				Kellner				Glücks-spiel
										nikotin-haltige Pflanze	Ferien-reisender optimis-tisch						
Luft-reifen (Kurz-wort)			Greif-vogel	4			Hasen-lager		Fußspur				Vorname der Angerer	Standard der Film-empfind-lichkeit			
						positive Elektrode	Ratsherr							11	Höhen-lage, Stufe		
Ver-neinung, Ab-lehnung	dünnes Verpa-ckungs-material	gebän-derter Edel-stein	ein Si-gnalhorn ertönen lassen		Boden-fläche				österr. Dichter † 1926	marinierte erfris-chen-de Kalt-speise					Vorsilbe: naturnah, -belassen	span. Maler (Salvador) † 1989	
ugs.: Taschen-flasche							Name Gottes im Islam	Wiener Fußball-klub					Aner-kennung	Wüstenei			
				3	Bereit-schafts-ruf	Speise in Gelee				Grund-rechen-art	Schrift-steller						
ein Duft-stoff	leicht-sinn. Mensch	Karne-vals-redner-pult	Figur in „Die Fleder-maus“					Flaschen für das Recycling		Stadt in Burgund				Schatten-rock			8
franz. weibl. Vorname						Geschwis-terpaar im Widerstand † 1943	tätig, wirksam										
Planeten-name	belg. Heilbad in d. Ar-dennen	dt. Schau-spielerin (Alexandra Maria)	Ruhe-störung Rasen-stück		nord-russ. Halb-in-sel	Fluss zur Elbe				Schein-hieb; Täu-schung	ugs.: eifler Mann, Geck		AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ K ■ A ■ P ■ F ■ R ■ V ■ B ■ L ■ ■ I ■ W ■ A ■ S ■ S ■ O ■ Z ■ U ■ D ■ E ■ C ■ K ■ E ■ B ■ A ■ S ■ E ■ ■ W ■ E ■ L ■ T ■ C ■ U ■ P ■ T ■ R ■ A ■ U ■ N ■ G ■ A ■ T ■ L ■ A ■ N ■ T ■ I ■ S ■ ■ P ■ I ■ N ■ K ■ E ■ S ■ P ■ E ■ E ■ D ■ T ■ K ■ A ■ P ■ P ■ A ■ D ■ I ■ A ■ N ■ A ■ ■ D ■ I ■ L ■ S ■ E ■ F ■ M ■ A ■ R ■ O ■ N ■ A ■ M ■ E ■ S ■ N ■ E ■ ■ L ■ I ■ E ■ S ■ L ■ E ■ D ■ A ■ V ■ I ■ T ■ R ■ F ■ U ■ T ■ O ■ N ■ G ■ A ■ ■ G ■ O ■ B ■ I ■ D ■ E ■ N ■ S ■ E ■ M ■ I ■ N ■ A ■ R ■ P ■ E ■ C ■ H ■ ■ L ■ I ■ F ■ T ■ E ■ N ■ T ■ F ■ I ■ N ■ C ■ A ■ G ■ N ■ A ■ T ■ O ■ R ■ ■ D ■ U ■ M ■ A ■ S ■ V ■ O ■ R ■ A ■ B ■ H ■ W ■ A ■ T ■ T ■ E ■ L ■ O ■ E ■ W ■ ■ M ■ L ■ A ■ T ■ E ■ X ■ K ■ A ■ D ■ A ■ V ■ E ■ R ■ A ■ N ■ N ■ A ■ H ■ M ■ E ■ ■ G ■ U ■ B ■ E ■ N ■ R ■ T ■ I ■ R ■ O ■ L ■ S ■ O ■ H ■ L ■ E ■ R ■ O ■ E ■ M ■ ■ B ■ E ■ N ■ G ■ I ■ N ■ T ■ E ■ R ■ M ■ O ■ O ■ S ■ ■ M ■ S ■ A ■ I ■ T ■ E ■ Q ■ S ■ A ■ M ■ B ■ I ■ A ■ ■ A ■ G ■ I ■ L ■ A ■ T ■ U ■ T ■ T ■ I ■ O ■ R ■ ■ E ■ E ■ N ■ A ■ L ■ T ■ A ■ I ■ U ■ N ■ K ■ L ■ A ■ R ■ ■ S ■ C ■ A ■ M ■ P ■ I ■ P ■ L ■ U ■ S ■ A ■ U ■ L ■ A ■ ■ S ■ K ■ I ■ P ■ A ■ M ■ P ■ A ■ S ■ E ■ P ■ S ■ I ■ S ■				
eigen-artig, kurios						Gesindel, Pöbel	Ich-mensch			Halbton über f							
altgriech. Philosoph																	
poet.: Sage, Kunde	vor-schlagen					afro-amerik. Musik-stil				Neckar-Zufluss							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Kreuzworträtsel und Sudokus sind auch über Smartphone, Tablet oder Computer lösbar. Der Zugang erfolgt online über das E-Paper.

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. August einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse und Mitgliedsnummer anzugeben!



Erholungsreise nach Marienbad

Flusskreuzfahrt Donauklassiker

Marienbad gilt als einer der schönsten böhmischen Kurorte. Rund 40 Heilquellen, prächtige Bauten und wunderschöne Parkanlagen prägen das Bild des mondänen Kurorts.



IHR HOTEL: 4+ Resort Reitenberger

Lage: Sie wohnen nur wenige Meter vom Kreuzbrunnen und dem Kurpark entfernt. Eine Linienbushaltestelle befindet sich direkt am Haus.

Zimmer/Ausstattung: Alle 112 Nichtraucher-Zimmer des Resorts verfügen über neue Doppelbetten, Bad oder Dusche/WC, Föhn, Leihbademantel, Sat.-TV, Telefon, kostenfreien Internetzugang (WLAN), Safe und Minibar. Zur weiteren Ausstattung des Resorts gehören eine 24-Stunden-Rezeption, drei Lifte, kostenfreier Internetzugang (WLAN), Terrasse, Bar sowie ein Café mit À-la-carte-Restaurant.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Der moderne Kur- und Wellnessbereich des Resorts verfügt über ein Schwimmbad (9 x 6 m, ca. 29°C), Whirlpool, finnische und aromatisierte Sauna, Infrarotkabine, Dampfbad und Kneippbecken. Im großen Fitnessraum können Sie mit Gewichten und Hanteln Ihre körperliche Fitness trainieren.



4+ Resort Reitenberger



Zimmerbeispiel, 4+ Resort Reitenberger



Salzgrotte, 4+ Resort Reitenberger

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 4+ Resort Reitenberger
- ✓ 7/14/21x Halbpension Plus
- ✓ Trinkwasser zu den Mahlzeiten
- ✓ 1x Kaffee und Kuchen pro Aufenthalt
- ✓ 21 statt 12 Kur-Anwendungen pro Woche*1
- ✓ Kostenfreie Nutzung der Rudolfquelle im Resort (Mai-Okt.)
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Schwimmbad, Whirlpool, Sauna und Fitnessraum (außerhalb der Therapiezeiten)
- ✓ 1x Salzgrotten-Nutzung pro Aufenthalt
- ✓ Leihbademantel
- ✓ Kostenfreie Teilnahme am Nordic Walking-Grundkurs
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

TERMINE & PREISE 26/27 p.P. im DZ

Anreise: montags	8 Tage/ 7 Nächte	Verl.-Woche
A 07.12.; 14.12. 04.01.; 11.01.	€ 767,- statt € 924,-	€ 499,-
B 30.11. 18.01.; 25.01.	€ 867,- statt € 1.042,-	€ 599,-
C 23.11. 01.02.; 08.02.	€ 897,- statt € 1.072,-	€ 599,-
D 09.11.; 16.11. 15.02.; 22.02.; 01.03.	€ 947,- statt € 1.122,-	€ 649,-
E 19.10.; 26.10.; 02.11. 08.03.; 15.03.; 22.03.*1	€ 1.017,- statt € 1.192,-	€ 719,-
F 13.07.; 20.07.; 27.07.	€ 1.047,- statt € 1.222,-	€ 749,-
G 03.08.; 10.08.; 17.08.; 24.08.; 31.08.; 07.09.; 14.09.; 21.09.; 28.09.; 05.10.; 12.10.	€ 1.117,- statt € 1.292,-	€ 819,-

Einzelzimmer-Zuschlag*3: € 140,- pro Woche

Hinweise:

- *1Bei Neubuchung erhalten Sie das TOP Kur-Paket im Wert von € 175,- p.P./Woche inklusive (bereits im Streichpreis berücksichtigt)!
- *2Letzte Rückreise am 29.03.2027.
- *3Single-Spezial: Alleinreisende zahlen bei 15-tägigem Aufenthalt nur den halben Einzelzimmer-Zuschlag (Wert: € 140,-/Woche).
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 2,- p.P./Tag
- > Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutzerklaerung

Reisecode: SOVD

Begleiten Sie uns auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem exklusiven 4++ Schiff BELVEDERE. An Bord können Sie sich ganz entspannt zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau genießen. Bei Ihren Landgängen erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		23:30 Uhr
2	Linz (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Ausflug nach Steyr.	07:00 Uhr	18:00 Uhr
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	08:30 Uhr	19:30 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	12:00 Uhr	-
5	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Teilnahme an einer Puszta-Rundfahrt.	-	16:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	09:00 Uhr	18:30 Uhr
7	Pöchlarn (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Besichtigung des Benediktinerstifts Melk.	12:30 Uhr	16:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	08:30 Uhr	



Kabinenbeispiel, 4++ BELVEDERE



Panorama-Salon, 4++ BELVEDERE

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung (Sauna, Whirlpool etc.)
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Deutschsprachige Kreuzfahrtsleitung
- ✓ Gepäckbeförderung bei Ein- und Ausschiffung
- ✓ Alle Hafengebühren*2

TERMINE & PREISE 2026 p.P.

in 2-Bett-Garantiekabine	Hauptdeck (HG)	Mitteldeck (MG)	Oberdeck (OG)
A 26.10.	€ 1.277,- statt € 1.552,-	€ 1.607,- statt € 1.882,-	€ 1.907,- statt € 2.182,-
B 19.10.	€ 1.377,- statt € 1.652,-	€ 1.727,- statt € 2.002,-	€ 2.027,- statt € 2.302,-
C 28.09.	€ 1.477,- statt € 1.752,-	€ 1.827,- statt € 2.102,-	€ 2.177,- statt € 2.452,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- > Aufpreis Getränkepaket: € 224,-
- > Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

- *1Bei Buchung bis 31.07.26 erhalten Sie das Ausflugspaket im Wert von € 199,- p.P. und den Treibstoffkostenzuschlag in Höhe von € 76,- p.P. geschenkt (bereits im Streichpreis berücksichtigt)!
- *2Ausgenommen ggfs. anfallende regionale Passagiergebühren und kommunale Tourismusabgaben.
- > Routenänderungen vorbehalten.
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/rechtliche-hinweise/datenschutz

Reisecode: SOVD



Erholung pur



Ihre Reiseroute

Beratung & Buchung:
0800 - 228 42 66
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter:
www.kurdirekt.de

Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

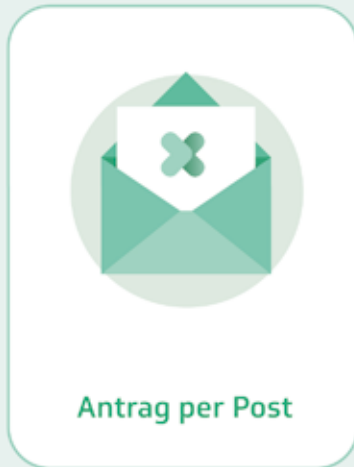
pflegetipp.de

Sie haben Fragen?
0211 54 22 98 07



Sie haben einen Pflegegrad?
Monatlich Pflegehilfsmittel
im Wert von bis zu 42€
kostenlos geliefert.

Nutzen Sie Ihren gesetzlichen Anspruch auf
Pflegehilfsmittel - ganz nach Ihren Bedürfnissen.



Antrag per Post



www.pflegetipp.de

Absender

Vor- und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Versicherungsart: gesetzlich privat

Ich möchte mehr Informationen zu den
zuzahlungsfreien Pflegehilfsmitteln erhalten

Entgelt
bereits
bezahlt

FK 5289 8462 00 3000 0010
KE Deutsche Post
RESPONSEPLUS



Best Care GmbH
Pflegehilfsmittel
Heltorfer Str. 12
40472 Düsseldorf

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS

BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR








Burg-Harz-Horizonte

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **5 Tage / 4 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **4 Abendessen** vom abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl im Restaurant „Burghof“
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung/Verfügbarkeit)
- **Wertgutschein** Hotel-Shop

+ 1 x 4-Tages-HarzCard - die All-Inclusive-Card
mit der über 100 Ausflugsziele kostenfrei besucht werden können. Die HarzCard ist im Wert von 65,00 € pro Erwachsenen und 45,00 € pro Kind enthalten.



Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26
WE-Zuschlag für Erwachsene: 15,00 € / Nacht (Fr & Sa).
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw. im DZ 449,-€

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu 35% Vorteil!

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49(0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Geschützt durch die warme Jahreszeit

mit den neuen praktischen Reisegrößen von meinPflegeset

Nach § 40 SGB XI ab Pflegegrad 1*

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse **anpassen**

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.





Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de





REHACARE International

Fachmesse für
Rehabilitation und Pflege

Düsseldorf,
23.-26. September 2026



Selbstbestimmt leben



Die Sonne kann so vieles

Aber wie viel Sonne tut uns wirklich gut?

APOTHEKEN
Umschau



MACH DEN
**SONNEN
SCHUTZ
CHECK**

JETZT
IN DEINER
APOTHEKE
VOR ORT





Foto: Sascha Pfeiler

Der Inklusionslauf verbindet professionelle Bedingungen mit einem einzigartigen Inklusionsgedanken, sodass sich hier alle wohlfühlen.

Sportveranstaltung des SoVD für alle am 10. Oktober in Berlin – jetzt online für Wunschdistanz anmelden

Vielfalt erleben beim SoVD-Inklusionslauf

Das Tempelhofer Feld in Berlin ist der traditionelle Austragungsort des SoVD-Inklusionslaufs. Auch in diesem Jahr treffen sich wieder Sportbegeisterte mit und ohne Einschränkungen, um zu Fuß, mit dem Rollstuhl, im Handbike, auf Skates oder auf andere Art die Strecke zurückzulegen. Die Anmeldung unter www.inklusionslauf.de ist geöffnet.

Das Tempelhofer Feld in Berlin ist ein Ort mit besonderer Geschichte. Hier landeten während der Berliner Luftbrücke 1949 die Flugzeuge, die die Menschen der eingeschlossenen Stadt mit Lebensmitteln und Kohle versorgten. Bis heute ist die Luftbrücke ein Symbol für Zusammenhalt und Solidarität. Heute ist das ehemalige Flugfeld einer der größten innerstädtischen Freiräume Europas und ein Ort, an dem Menschen unterschiedlichster Herkunft, Generationen und Lebensrealitäten zusammenkommen.

Ausgabe des großen, inklusiven Sportevents an. Die Anmeldung unter www.inklusionslauf.de ist geöffnet, und Interessierte können sie für ihre Wunschstrecke einschreiben. Mit Distanzen zwischen einem und zehn Kilometern ist für jede*n etwas Passendes dabei.

Das Thema ist in diesem Jahr „Familien und Angehörige von Menschen mit Behinderungen“. Dazu gibt es ein interessantes Rahmenprogramm. Neben der Strecke präsentieren außerdem viele Organisationen ihre Angebote. Speisen und Getränke werden selbstverständlich auch angeboten.

Hier wird Vielfalt und Gemeinschaft erlebbar

Wer einmal am SoVD-Inklusionslauf teilgenommen hat, schwärmt anschließend von der einzigartigen Atmosphäre, der gelebten Unterstützung auf und neben der Strecke und den vielfältigen Erlebnissen. So ist dieser Lauf mehr als nur eine sportliche Veranstaltung – er steht für Zusammenhalt, Vielfalt und die Stärkung der Gemeinschaft.

Mitmachen kann dabei jede*r: Läufer*innen, Rollstuhlfahrende, Sehbeeinträchtigte, Handbike-Fahrende, Inlineskater*innen und viele mehr.

1.200 Menschen waren 2025 aktiv dabei und gingen an den Start. Wer in diesem Jahr teilnehmen will, kann sich online anmelden. *str*



Foto: Peter Kunze

Der Roland-Bär sorgt stets für gute Stimmung.

Natürlich gibt es auch wieder die Vierer-Staffel und den Bambinilauf über 300 Meter für die kleinen Starter*innen.

Bambinilauf, Staffellauf und mehrere Distanzen

Die Berliner*innen haben sich das Feld auf verschiedenste Weise angeeignet. Es dient als Sportstätte, Veranstaltungsort, Garten, war sogar schon Formel-E-Strecke und ist ansonsten ein beliebter Treffpunkt für Stadtbewohner*innen und Besucher*innen.

Seit 2014 veranstaltet der SoVD auf den Start- und Landebahnen vor historischen Flughafengebäuden den Inklusionslauf. Am 10. Oktober steht die 11.



Foto: Sascha Pfeiler

Ob ein, zwei, fünf oder zehn Kilometer: Beim Inklusionslauf kann sich jede*r die richtige Distanz aussuchen.



Grafik: SoVD

Fröhliche, bunte Motive machen auch 2026 öffentlich auf die Sportveranstaltung aufmerksam

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlberg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantw./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistenz). E-Mail: redaktion@sovd.de.

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbeeinlagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243 / 53 90 123 oder 0176 / 47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW) ge-

prüft. Sie betrug im 1. Quartal 2026 insgesamt 343.716 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 91.957 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

